

Akademie-Report

Mitteilungen 2/1997

Mit den Herausforderungen der Zeit konfrontiert

Vier Jahrzehnte Akademiearbeit



Blick auf den Garten und einen Teil der Gebäude der Akademie für Politische Bildung, die ihren Sitz in herrlicher Lage direkt am Starnberger See in Tutzing hat.

Von Hans Friedrich

1957 gründete der Bayerische Landtag durch Gesetz die Akademie für Politische Bildung. Den Gesetzesentwurf brachte die Regierung Wilhelm Hoenigs (SPD) ein, die sich auf eine „Vierer-Koalition“ aus SPD, Bayernpartei, BHE und FDP stützte. In der Sache war das Projekt einer Akademie für Politische Bildung aber kein ausschließliches Anliegen jener Koalition, die in einer einmaligen und kurzfristigen Kraftanstrengung die CSU auf die Oppositionsbänke des Bayerischen Landtags versetzt hatte.

Der Grundgedanke einer überparteilichen Akademie war schon länger im Gedankenaustausch zwischen Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen und Politikern unterschiedlicher Richtungen entwickelt

und diskutiert worden. Abzulesen ist dies auch an den Namen der Gründungskuratoren: z.B. Prof. Arnold Bergstraesser (Freiburg), Prof. Romano Guardini (München), Prof. Hans Nawiasky (Würzburg), Hanns Seidel (CSU), Franz Heubl (CSU), Waldemar von Knoeringen (SPD), Hildegard Hamm-Brücher (FDP) und anderen.

Die Idee hatte Arnold Bergstraesser in Umlauf gesetzt, der es auch sonst für dringend nötig hielt, die Politikwissenschaft nicht nur in den Universitäten zu etablieren, sondern auch Einrichtungen im gesellschaftlichen Raum zu schaffen, die für einen ständigen Austausch zwischen Politikwissenschaft und wichtigen gesellschaftlich-politischen Bereichen sorgen. Seiner Initiative ist zum Beispiel auch die

(Fortsetzung auf Seite 3)

Editorial

Liebe Leserin!

Lieber Leser!

Wollte eine Akademie sich ausruhen, wäre ihre Existenzgrundlage sofort dahin. Akademien existieren ja nicht als äußerliche Gehäuse, sondern - versteht man ihre innere Idee recht - als sich ständig erneuernder Ort geistiger Auseinandersetzung. Das gilt auch für ein „politisches“ Haus. Denn es gibt kein ärgeres Mißverständnis als jenes, daß Geist und Politik miteinander nichts zu tun hätten - ein Mißverständnis, welches sofort ernsthafte Bemühungen politischer Bildung provoziert. Die Antike wußte noch, daß ein dem Politischen zugewandtes Leben und Denken die für das Normalwesen höchste erreichbare Lebensform darstellte. Von dieser Einschätzung ist heute nicht mehr allzu viel übrig geblieben - zum allgemeinen Schaden. Dabei stehen wir vor Umbrüchen, die aller intellektuellen Anstrengung wert sind. Wie werden wir leben? Was bleibt von der Arbeitsgesellschaft? Entwickeln wir eine neue Bürgerkultur? Erleben wir eine Renaissance der Selbstverantwortung? Welche Rolle bleibt dem Staat? Weder in der politischen Tagesbetriebsamkeit noch im Reizklima der Medien wird sich Orientierung finden lassen. Wir brauchen Orte, an denen sich Argumente und Diskurse noch aushalten und noch durchhalten lassen, statt vor Zeit- und Opportunitätszwängen zu kapitulieren. Wir brauchen Akademien, die auf der Höhe der Zeit sind.

Jetzt entscheidet sich, ob dieser Akademie in zehn Jahren bescheinigt werden kann, sie habe ihre Aufgabe erfüllt, die wirklich wichtigen Fragen rechtzeitig und hilfreich zu thematisieren.

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vier Jahrzehnte Akademiearbeit in Tutzing - Von Hans Friedrich	1
40jähriges Jubiläum - Worte zur Akademie:	
Die Gründung der Akademie:	
Dr. Hildegard Hamm-Brücher, Landtagsabgeordnete	5
Hanns Seidel, Bayerischer Ministerpräsident	5
Dr. Felix Messerschmid, erster Direktor der Akademie	6
Zehnjähriges Jubiläum:	
Rudolf Hanauer, Landtagspräsident	7
Dr. h.c. Alfons Goppel, Bayerischer Ministerpräsident	8
25jähriges Jubiläum:	
Dr. Karl Hillermeier, stv. Bayerischer Ministerpräsident, Justizminister	8
Prof. Dr. Manfred Hättich, zweiter Direktor der Akademie	9
Erinnerungen an die Akademie:	
Dr. Hans-Jochen Vogel	10
Dr. Karl Böck	10
Prof. Dr. Otto B. Roeggele	11
Demokratien im Neuen Europa - von Prof. Dr. Dr.h.c. Eric Voegelin	11
Vortrag bei der Eröffnung der Akademie	
Reform in der Demokratie - von Prof. Dr. Hans Maier	14
Vortrag beim Festakt zum zehnjährigen Bestehen der Akademie	
Verfassungspatriotismus - von Prof. Dr. Dr. Dolf Sternberger	16
Vortrag beim Festakt zum 25jährigen Bestehen der Akademie	
Kurzberichte:	
Der bezahlbare Wohlstand -	22
Auf der Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag	25
Aktuelle Fragen der Politik	26
Die SED und die Juden	26
Die Globalisierung der Märkte	26
Solidarität - Schlagwort oder Gestaltungsprinzip?	27
Auseinandersetzung mit der Diktatur	29
20. Pfingstsymposium zur Zeitdiagnose	31
Weitere Themen im Akademie-Report:	
Veranstaltungen	18
Veranstaltungshinweise	21
Persönlichkeit mit Hintergrund - Hans Friedrich verläßt die Akademie	24
Reich an Ideen - Ehrendoktorwürde für Oberreuter	28
Nachrichten aus der Akademie	28
Bücher - Neuerscheinungen - Rezensionen	31

Direktor der Akademie:
Prof. Dr. Heinrich **Oberreuter**

Vorsitzender des Kuratoriums:
Prof. Dr. Hans **Maier**

Vorsitzender des Beirats:
Hermann **Kumpfmüller**

Kollegium:

Dr. Horst **Denzer**, Dozent
Grundsatzfragen der Politik, Politische Theorie

Gebhard **Diemer**, M.A., Dozent
Internat. Politik, Pol. Ideengeschichte

Klaus **Grosch**
Pol. Landeskunde, Randgruppenproblematik, Migrationsfragen

Dr. Peter **Hampe**, Dozent
Wirtschafts- und Sozialpolitik

Jürgen **Maruhn**, Dipl. Volksw.
Parteien, Extremismus, Wirtschaft, Sicherheitspolitik

Dr. Michael **Plazolo**, Dozent
Europapolitik, Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent
Medien, Kommunikationspolitik, Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Jürgen **Weber**, Dozent
Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl Heinz **Willenborg**
Umwelt- und Verbraucherpolitik, soziale Schichtung, Zeitgeschichte

Organisationsreferat:
Ursula **Paull**

AKADEMIE-REPORT

Herausgeber:
Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 / Postfach 220
82323 Tutzing
Telefon: 08158 / 256-0,
Telefax: 08158 / 25614 und 25651

Redaktion: Prof. Dr. Heinrich
Oberreuter (verantw.)
Dr. Michael Plazolo
Iris Wimmer

Mitarbeit: Karin Sittkus

Layout: Franz Neumeier

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben.

(Fortsetzung von Seite 1)

Gründung der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen zu verdanken. Dem überparteilichen Charakter der Akademie wäre es angemessen gewesen, wenn der Landtag das Gründungsgesetz im Einvernehmen aller Parteien eingebracht, beraten und beschlossen hätte. Das parlamentarische Klima war aber in den Zeiten der Vierer-Koalition derart belastet und gereizt, daß man nicht auf eine Verständigung aller Fraktionen hoffen konnte. In dieser Situation sah Waldemar von Knoeringen nur eine Möglichkeit, das gemeinsame Projekt voranzutreiben: Das Akademiegesetz als Regierungsvorlage des Kabinetts Hoegner über die parlamentarischen Hürden zu bringen in der Hoffnung, daß sich die Akademie nach ihrer Gründung durch die substantielle Garantie ihres überparteilichen Charakters und durch die Qualität ihrer Arbeit allseits Anerkennung verschaffen werde. Überparteilichkeit und Unabhängigkeit der Akademie sollten ihre Rechtsform gewährleisten: Anstalt des öffentlichen Rechts mit dem Recht der Selbstverwaltung. Deren wichtigstes Aufsichtsorgan, das Kuratorium, besteht aus fünfzehn Mitgliedern: Vertreter der Landtagsparteien, des öffentlichen Lebens, der Wissenschaft und des Bildungswesens. Sie werden vom Ministerpräsidenten, dem Vorsitzenden der stärksten Oppositionspartei und einem Vertreter der bayerischen Rektorenkonferenz berufen. Mit der Ausarbeitung der Regierungsvorlage war in der Staatskanzlei ein junger Verwaltungsjurist beauftragt: Dr. Hans-Jochen Vogel.

Es sei am Rande vermerkt, daß zu den Gegnern des Projekts nicht nur jene Kräfte gehörten, die das Kabinett der Viererkoalition kompromißlos bekämpften, sondern auch Persönlichkeiten der politischen Bildung, die sich zum Beispiel für

die gerade erst gegründete Hochschule für Politik in München oder den Politischen Club der Evangelischen Akademie engagierten und fürchteten, die neu zu gründende Akademie werde ihren Einrichtungen „das Wasser abgraben“, das

Württemberg, hatte sich als überzeugter Humanist und engagierter Katholik einen Namen gemacht. Er war ein ausgewiesener Fachmann der musischen, der literarischen und der historisch-politischen Bildung. Er gehörte zu jenen Schulpäda-



Gäste der Akademie haben die Möglichkeit, die schöne bayerische Landschaft zu genießen: Vom haus-eigenen Steg bietet sich der beste Blick über den Starnberger See.

heißt Fördermittel entziehen und Publikum abwerben. Eine verdeckte Form staatlicher Bevormundung befürchteten außerdem auch Träger der freien Erwachsenenbildung, zu deren Sprecher sich der damalige Präsident des Bayerischen Volkshochschulverbandes, Dr. Baudrexel, machte.

Wenige Monate nach Verabschiedung des Akademiegesetzes, aber noch vor Ernennung des Direktors und vor der Eröffnung des Hauses, brach die Viererkoalition zusammen. Es war zweifellos dem neuen Ministerpräsidenten Hanns Seidel (CSU) zu verdanken, daß die Akademie die Chance einer Bewährungsprobe erhielt. Der spätere Kuratoriumsvorsitzende, Ministerialdirektor Dr. Karl Böck, war Zeuge und Mitwirkender in dieser Entscheidungssituation.

Mit der Auswahl des ersten Akademiedirektors setzten Kuratorium und Ministerpräsident einen politisch-pädagogischen Akzent. Oberstudiendirektor Dr. Felix Messerschmid, zuletzt Leiter der Lehrerfortbildungsstätte Calw in Baden-

Woggen, die sich gerade aus konservativer Verantwortung zu kontinuierlicher Bildungsreform verpflichtet fühlten. Felix Messerschmid war ständiges Mitglied, schließlich sogar Vorsitzender des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen. Verbundenheit und Zusammenarbeit mit Romano Guardini dürften in diesen Einstellungen ihre Grundlage gehabt haben.

Messerschmid hat das Gepräge der neuen Institution vor allem in zwei Punkten bestimmt: erstens durch die offene Wahrnehmung und Erörterung von Strömungen und Themen der Zeit, ohne die eigene Grundhaltung zu verwischen; zweitens durch unablässige und detaillierte Verkündung eines Bildungsverständnisses, in dem politische Bildung ein selbstverständlicher und gleichrangiger Teil neben der historischen, literarischen, naturwissenschaftlichen und ästhetischen Bildung ist. Gerade durch die humanistische Einordnung der politischen Bildung nahm er jenen Lehrern und Schulverwaltungsbeamten den Wind aus den Segeln,

die in der Politik einen bildungsfremden Gegenstand sahen und das Fach Sozialkunde als Fremdkörper ablehnten. Er etablierte damit die sozialkundliche und zeitgeschichtliche Lehrerweiterbildung an der Akademie, die bis zum heutigen Tag einen festen Bestandteil der Akademie ausmacht.

Der Standort Tutzing ist zufällig gewählt worden. Die Landesversicherungsanstalt Oberbayern besaß dort am Ortsrand eine Schulungsstätte, die ihr zu klein geworden war. Wegen der günstigen und schönen Lage entschloß sich das Kuratorium zur Miete, obwohl die Beengtheit der baulichen Verhältnisse nicht zu übersehen war. In jahrelangen Verhandlungen zwischen Akademie, LVA und Finanzministerium gelang es nicht, das Anwesen zu erwerben. Die Kuratoriumsvorsitzenden (Rollwagen, Böck) konnten jedoch die Errichtung eines Wohnhauses für Akademiebedienstete (1962) und eines Gästehauses für Tagungsteilnehmer (1972) erreichen.

Als die Akademie gegründet wurde, befanden sich die Sozialwissenschaften, besonders die Politikwissenschaft, an vielen deutschen Universitäten noch im Aufbau. Die wissenschaftliche Erschließung der Zeitgeschichte, das hieß damals der Geschichte der Weimarer Zeit und der nationalsozialistischen Diktatur, kam erst langsam in Gang. Die ersten Dozenten der Akademie, meistens jüngere Wissenschaftler, standen deshalb vor zwei Aufgaben: Sie hatten neue Ergebnisse, neue Methoden und neue Einsichten zu referieren, mußten sich aber auch den Fragen einer adäquaten Unterrichtsdidaktik dieser neuen Sachgebiete stellen. Da viele dieser Probleme aus fachwissenschaftlicher Sicht nicht kurz und bündig zu beantworten waren, wurden sie zu Themen eigens angesetzter wissenschaftlicher und bildungspolitischer Fachkonferenzen. Diese wissenschaftlich-pädagogischen Konferenzen zu Grundfragen politischer Bildung haben die Akademie für Politische Bildung in Tutzing über die Grenzen Bayerns hinaus bekanntgemacht.

Nach zwei Amtsperioden trat Felix Messerschmid 1970 in den Ruhestand. Das Kuratorium wählte Prof. Dr. Manfred Hättich (zuletzt Universität Mainz) zum Nachfolger. Die siebziger Jahre waren auch in der Akademie für Politische Bildung geprägt durch das lebhafteste öffentliche Interesse an politischen Themen (z.B. Ostpolitik der sozialliberalen Regierung in Bonn), an gesellschaftskritischen

Strömungen („Kritische Theorie“, APO) und an vielversprechenden neuen Ansätzen in den Gesellschaftswissenschaften, in der Pädagogik und in politikwissenschaftlichen Fachrichtungen (z.B. Systemtheorie, Zukunftsforschung, Lerntheorie, Curriculumwissenschaften, Kommunikationswissenschaften). Neben

schaften waren durch Volkmar Gabert, Jürgen Böddrich und Senator Ludwig Linser (nach dessen Tod Senator Roth), die CSU durch Fritz Pirkel, Ingeborg Geisendörfer, Ursula Männle u.a. repräsentiert. 1988 löste Hans Maier Dr. Karl Böck im Vorsitz ab. Seit 1993 ist Prof. Heinrich Oberreuter Direktor.



Mehrere Tagungsräume stehen in der Akademie zur Verfügung. Sie bieten alle Möglichkeiten der Wissensvermittlung.

der Fortsetzung und Intensivierung bewährter Arbeitsformen (Lehrerweiterbildung, Lehrplankonferenzen, Seminaren für Gruppen der Erwachsenenbildung) erweiterte sich das Arbeitsgebiet der Akademie auf neue interdisziplinäre Fachkonferenzen (Medien- und Kommunikationswissenschaften, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Sicherheitspolitik und internationale Entwicklungen, „Dritte Welt“). Ebenso erweiterte sich das Teilnehmerspektrum (z.B. Fernsehjournalisten, Sozialpädagogen, Offiziere, Wirtschaftsgruppen). Offenheit, sachbezogene Gesprächsführung und nüchterne Standortbestimmung wurden zu Merkmalen der Akademieveranstaltungen, die dem prägenden Einfluß Manfred Hättichs zu verdanken sind.

Auch im Kuratorium der Akademie gab es im Lauf der Jahre personellen Wechsel. Den Vorsitz des Kuratoriums führte lange Jahre Ministerialdirektor Dr. Karl Böck. Die Wissenschaft vertraten im Kuratorium Otto B. Roegel (München), Hans Maier (München), Werner Mangold (Erlangen/Nürnberg), SPD und Gewerk-

Die Akademiearbeit wird zur Zeit weniger bestimmt durch öffentlich ausgetragene wissenschaftliche Kontroversen und Wahrheitsansprüche (wie z.B. noch im „Historikerstreit“), sondern hauptsächlich durch Orientierungs- und Informationsbedürfnisse, die durch beunruhigende gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Entwicklungen verursacht werden. Dazu gehören struktureller Wandel der Wirtschaft und strukturelle Arbeitslosigkeit, Anpassungsprobleme durch die Europäische Vereinigung, Kommunikationstechnik, Datenverarbeitung und Medienpolitik, Sozialprobleme („neue Armut“) und Rechtsextremismus. Beherrschende Themen sind natürlich seit 1989 der Zusammenbruch des Ostblocks, die Deutsche Einheit und die Europäische Union mit spezifischen Wirtschaftsproblemen (Globalisierung).

Die gesellschaftlichen Voraussetzungen politischer Bildungsarbeit in der Akademie lassen sich also mit den Gründerjahren nicht mehr vergleichen. Geblieben ist aber die Aufgabe der Akademie, sich den Herausforderungen der Zeit zu stellen.

Geistig-pädagogisches Kraftzentrum

Erste Lesung des Akademiegesetzes im Bayerischen Landtag

Politische Bildung als Notwendigkeit für den Fortbestand der Demokratie - diese Überlegung war einer der Gründe für den Vorschlag, in Bayern eine Akademie für Politische Bildung zu errichten. Die Erste Lesung des Gesetzes über die Errichtung einer Akademie für Politische Bildung fand am 24. April 1956 statt. Im Auftrag der Koalitionsparteien sprach sich dabei Dr. Hildegard Hamm-Brücher (FDP) nachdrücklich für die Errichtung der Akademie aus:

Der Gesetzentwurf zur Gründung einer Akademie für Politische Bildung ist das Ergebnis sorgfältiger Beratungen und Vorarbeiten, die sich fast über ein ganzes Jahr erstreckt haben.

Die Koalitionsparteien sind sich bei ihren Bemühungen von allem Anfang an klar gewesen, daß das Anliegen der politischen Bildung niemals Sache der Koalition oder Opposition sein darf, sondern eine gemeinsame Aufgabe für alle ist, die in- und außerhalb des Parlaments demokratische Verantwortung tragen.

Der vorliegende Entwurf ist - vor allem, was den Aufbau und die Organisation der Akademie anbelangt - in allen Einzelhei-



Die damalige Landtagsabgeordnete Dr. Hildegard Hamm-Brücher (FDP) 1956.

vorschlägen nicht verschließen.

Weshalb ist es nun der Koalition und weshalb muß es uns allen so ernst sein mit dieser politischen Bildung? - Zum zweiten Mal schaffen wir einen demokratischen Staat nach einem total verlorenen Krieg auf einem nicht natürlichen Weg, nämlich von oben, durch Verfassung und Gesetze, während die Demokratien anderer Länder von unten organisch durch Erfahrung, Übereinkunft, Einsicht und

ten wohlervogen und begründet. Trotzdem bedeutet er uns nicht unbedingt der Weisheit letzten

Schluß, und die Koalition wird sich bei den Einzelberatungen zweckmäßigen Abänderungs- und Ergänzungs-

Tradition gewachsen und gereift sind. Hier liegen die Gefahren für den Bestand der westdeutschen Demokratie. Einmal sind es diese gewachsenen Formen des demokratischen Zusammenlebens, die uns so sehr fehlen und deren Fehlen unsere Staatsform für so viele Mitmenschen unglaublich macht; zum anderen ist es die allbekannte gefährliche Gleichgültigkeit gegenüber dem politischen Geschehen; die die Politik und die Politiker spürbar von den Staatsbürgern isoliert, in deren Dienst sie doch arbeiten und wirken sollen.

Es ist deshalb die erste und wichtigste Aufgabe jeder politischen Bildung, das "Wesen des Demokratischen" - wie es einmal genannt wurde - anschaulich zu machen und ein lebendiges Verhältnis zwischen dem Staatsbürger und den politischen Einrichtungen des Staates herzustellen und zu pflegen.

Diesen Auftrag nun soll die geplante "Akademie für Politische Bildung" erhalten. Sie soll keine Schule, keine Hochschule oder Volkshochschule herkömmlicher Art sein, sondern ein geistig-pädagogisches Kraftzentrum für die gesamte politische Bildungsarbeit.

Politischen Unverstand beseitigen

Ministerpräsident Seidel zur Eröffnung der Akademie

Das Gesetz über die Errichtung einer Akademie für Politische Bildung wurde schon am 27. Mai 1957 verabschiedet, eröffnet wurde die Akademie jedoch erst am 21. Februar 1959 im Rahmen eines Festaktes in der Aula der Universität München, wo sich die politischen Größen Bayerns trafen. Die staatspolitische Bedeutung der Politischen Bildung und die „lohnende Aufgabe“ der Akademie betonte der Bayerische Ministerpräsident, Dr. Hanns Seidel:

Als sich 1945 jener beispiellose Zusammenbruch vollzog, zu dem eine zwölfjährige Diktatur und eine militärische Niederlage ohnegleichen geführt hatten, war ein politisches Bewußtsein der Deutschen kaum mehr zu spüren.

Zu der Hinterlassenschaft des national-

sozialistischen Regimes gehörten nicht nur die Trümmer zerbombter Häuser und zerstörter Arbeitsplätze, sondern es gehörte dazu auch ein Volk, das durch jahrelange unermüdlich hämmernde Propaganda, durch Verlockung und Zwang verführt und das des selbständigen politischen Denkens entwöhnt war.

So stellte sich damals die Hinführung des politischen Volkes zu politischer Verantwortung, zur Mitarbeit am politischen Leben und das damit in engem Zusammenhang stehende Ringen um das Vertrauen der übrigen Völker als eine Aufgabe, die wahrhaftig nicht weniger bedeutsam und mindestens ebenso schwierig war wie der wirtschaftliche Wiederaufbau.

Wir wagen nicht die Behauptung, daß diese Aufgabe befriedigend oder gar voll-

ständig gelöst wurde. Es ist uns aber in all diesen Jahren eine wertvolle Einsicht zugewachsen: die Einsicht nämlich, daß vor allem die Ursachen des politischen Unverstandes, der den 30. Januar 1933 ermöglicht hat, beseitigt werden müssen, wenn der Bestand und die Zukunft des demokratischen Staates und der von ihm gewährleisteten Freiheit gesichert werden sollen. Oder mit anderen Worten ausgedrückt: Die politische Bildung des Staatsbürgers muß so sein, daß er verführerischen Schlagworten und demagogischen Parolen - ganz gleich, aus welcher Richtung sie kommen - nicht kritiklos verfallen kann. Die Kenntnis der Grundlagen unseres staatlichen Lebens soll ihn fähig machen, Angriffe auf die freiheitliche demokratische Grundordnung als solche zu erkennen und das Seine zur Wahrung

der verfassungsmäßigen Ordnung beizutragen. Es muß wohl noch ein Weiteres hinzukommen. Wenn die Demokratie lebensfähig sein soll, muß im Staatsbürger das Bewußtsein geweckt werden, daß er persönlich dazu aufgerufen ist, durch seine freie Willensentscheidung an der Gestaltung des politischen Lebens mitzuwirken, sei es durch die Ausübung des aktiven Wahlrechts, sei es durch die Übernahme öffentlicher Ämter und die Mitarbeit in parlamentarischen Gremien. Die Menschen zur Verantwortungsbereitschaft gegenüber der Gemeinschaft heranzubilden, ist wohl ein Kernstück der Erziehungsarbeit an unserer Jugend und darüber hinaus jeder Art von politischer Bildung.

Die Zusammenarbeit mit allen Organisationen und Einrichtungen, die sich auf dem Gebiet der politischen Bildung betätigen, ist nicht die unwesentliche Aufgabe der Akademie für Politische Bildung, die nach dem Willen des bayerischen Gesetzgebers sozusagen als Mittelpunkt aller sich um die politische Bildung bemühenden Kräfte hinzugekommen ist und zu deren feierlichen Eröffnung wir uns heute hier zusammengefunden haben. Mit dem Gesetz über die Errichtung einer Akademie für Politische Bildung von 27. Mai 1957 hat der Bayerische Landtag die Grundlage für den Aufbau dieser Einrichtung geschaffen, deren Aufgabe es ist, die politische Bildung in Bayern auf überparteilicher Grundlage zu fördern und zu vertiefen und so der Festigung des Gedankengutes der freiheitlichen demokratischen Staatsordnung zu dienen. Über die Notwendigkeit und Wichtigkeit der politischen Bildung bestand in Bayern

unter den Parteien Übereinstimmung; lediglich über die Möglichkeiten und die Wege zur bestmöglichen Erreichung des Ziels gingen die Auffassungen auseinander, und deshalb ging dem Gesetz eine lange und lebhaft, ja manchmal leidenschaftlich geführte parlamentarische Diskussion voraus. Gerade aus dieser Tatsache kann ersehen werden, welche Bedeutung die politischen Parteien unseres Landes dem Thema "Politische Bildung" beigemessen haben.

Nun haben wir die Akademie in der Form und mit dem Auftrag, wie sie durch Mehrheitsbeschluß des Landtags festgelegt wurde, und es ist deshalb unsere Pflicht geworden, sie mit allen Kräften zu unterstützen. Wir wollen dies so wirksam und gewissenhaft wie möglich tun. Der Erfolg der Arbeit der Akademie wird allerdings in einem sehr weiten Umfang davon abhängen, ob es ihr gelingt, den Staatsbürger über die Vermittlung des grundlegenden Wissens hinaus zur Mitgestaltung und Mittragung der Verantwortung aufzurufen. Die Abwendung von einer rein abstrakten Staatsbürgerkunde und die Hinwendung zu dem realen politischen Geschehen - ich meine damit hier nicht zur Tagespolitik - scheint mir deshalb besondere Betonung zu verdienen, weil der deutsche Geist auf dem Gebiet der Staatskunde eine Neigung zum theoretischen Denken besitzt - wie Kant, Hegel, Fichte und viele andere große Namen beweisen - und einen Hang zum Doktrinären und bisweilen sogar zum Utopischen; ich darf zum Beweise dafür nur auf die vielen Lehrer und "-ismen" hinweisen, die im Laufe der Generationen nicht nur das eigene Vaterland, son-

dern, wie etwa der marxistische Sozialismus, die Welt zu erschüttern vermochten.

Noch eine andere Überlegung scheint mir wichtig zu sein. Die politische Reife und Mündigkeit, die Ziel aller politischen Bildung sein muß, kann nicht nur durch die Anwendung der neuesten historischen, pädagogischen und psychologischen Erkenntnisse - mit denen sich die Akademie zwar eingehend wird befassen müssen - vermittelt werden; die Erreichung dieses Zieles verlangt vielmehr auch ein bewußtes Erleben, das heißt ein Verstehen und selbständiges kritisches Werten des Geschehens in der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart.

Ich wollte nur darauf hinweisen, daß die Aufgaben, vor die sich der Direktor und das Dozentenkollegium der Akademie gestellt sehen, nicht leicht sind. Sie erfordern ein zielbewußtes, zähes Arbeiten und verlangen den Einsatz aller Kräfte. Sie werden auf der anderen Seite aber auch den Mitarbeitern der Akademie das Gefühl geben, mit einer staatspolitisch bedeutsamen, lohnenden Aufgabe betraut zu sein und an verantwortlicher Stelle zur Festigung unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung beitragen zu dürfen.

Die Staatsregierung, das Kuratorium und der Beirat der Akademie werden dem Direktor und den Dozenten bei ihrer Arbeit jede mögliche Unterstützung angedeihen lassen. Mit diesem Versprechen wünsche ich der Akademie für Politische Bildung, der vom Gesetzgeber ein hohes Maß von Selbständigkeit gewährt und damit eine erhebliche Verantwortung übertragen wurde, ein erfolgreiches Arbeiten.

Ein schweres Werk

Der erste Akademiedirektor bei der Eröffnung

Die Akademie hatte ihre Arbeit bereits mehrere Monate vor der offiziellen Eröffnung aufgenommen. Erste Erfahrungen waren also schon gesammelt, als der erste Direktor der Akademie, Dr. Felix Messerschmid, seine Eröffnungsrede hielt:

Der Ausdruck "Politische Bildung" erscheint ja doch noch sehr vielen als ein Widerspruch in sich selbst. Der Name der Akademie drückt den Anspruch aus, politische Bildung könne nicht als isolierte Aufgabe begriffen und unternommen

werden. Bildung gibt es nur als geordneten Zusammenhang des persönlichen Bereichs mit allen wesentlichen Bereichen des Daseins. Politische Bildung wäre demnach im Ansatz verfehlt und glitte dann notwendig in bloße Kunde und in reine Schulung ab, wenn sie nicht verstanden und aufgebaut würde als unerläßlicher Teil einer jeden menschlichen Bildung heute. In einer Welt, die zu einem sehr großen Teil mit dem von der jüdischen, antiken und christlichen Überlieferung geformten Bild des Menschen

gebrochen hat und entschlossen ist, diese Überlieferung nicht zuzulassen, ist der Bildung der Auftrag zugefallen, den Bestand unserer Kultur von innen zu sichern, indem sie die Wirklichkeit geistig bewältigt. Das kann ihr nur gelingen, wenn sie sich der Herausforderung offen stellt, die an unsere Kulturgemeinschaft ergangen ist und der gegenüber sie sich aus der wirkenden Überlieferung behaupten und erneuern muß. In dieser Lage ist die Bildung zu einer elementaren politischen Existenznotwendigkeit geworden.

Sie kann nicht in der Aufrechterhaltung eines abgeschlossenen Bildungsraumes bestehen, sie darf sich von den existenz-erhaltenden oder -zerstörenden Auseinandersetzungen dieser unserer Gegenwart nicht fernhalten; das heißt: sie muß das Politische miteinbeziehen.

Nun ist aber das Politische nicht nur ein Zusammenhang von Sach- und Leistungszwecken, den man eben beherrschen muß - das auch. Aus dem Sachgebiet Politik kommt heute eine tiefe Ratlosigkeit; es ist allgemeines Bewußtsein, daß die heute bestimmenden Mächte derart übermächtig sind, die Wirkbereiche der Politik derart umfassend, die Wirkbeziehungen derart kompliziert, daß man der politischen Probleme mit bloß politischen Mitteln nicht mehr Herr wird. Es

bedarf also ganz neuer Methoden; eines ursprünglichen, durch keine Ideologien verstellten Sehens; eines freieren Urteils, eines angemesseneren Zugreifens. Zugleich müssen in einem demokratischen Staatswesen solche Eigenschaften und Fähigkeiten in den staatstragenden breiten Schichten entwickelt werden.

So kommt dem politischen Anteil an der allgemeinen Bildung ein Gewicht zu, das sie in früheren Zeiten nicht gehabt hat. Politische Bildung muß die Kluft schließen oder doch überbrücken, die zwischen den unmittelbaren Fragen des persönlichen Daseins, der individuellen Bildung und dem Verständnis der politischen Einrichtungen und Entscheidungen sowie der tätigen Anteilnahme an ihnen entstanden ist. Demokratie steht und fällt mit dem

Gelingen oder Mißlingen dieser Brücke, die zu bauen Auftrag der politischen Bildung ist.

Aus diesem Grunde hat Wilhelm Flitner 1955 gefordert "eine höchste Bildungsstätte, die nicht in den Universitäten und bei den Forschern selber zu finden ist, sondern alle an dieser gedanklichen Vorarbeit produktiv Beteiligten zusammenfassen und sie in einem forschen Gesprächskreis vereinigen muß - also eine Art Akademie". Wieweit die heute zu eröffnende Akademie diesem Anspruch genügen kann, wie sie überdies zur aktiven Bildungsarbeit in enger Zusammenarbeit mit den anderen Institutionen des Landes mit ähnlichem Auftrag beitragen kann, wird die Zukunft zeigen. Es wird ein schweres Werk sein.

Wirksam über Bayern hinaus

Landtagspräsident Rudolf Hanauer zum zehnjährigen Jubiläum

Auf zehn Jahre Tätigkeit, Aufbauarbeit und Weiterentwicklungen konnte die Akademie für Politische Bildung 1968 zurückblicken.

Im Plenarsaal des Bayerischen Landtags wurde dieses Jubiläum am 26. November 1968 mit einem Festakt begangen. Dabei sprach unter anderem Rudolf Hanauer, der Präsident des Bayerischen Landtages.

Es war in der 100. Vollsitzung der damaligen Legislaturperiode am 27. Mai 1947, als in diesem Saal der legislative Schlußstein zu diesem Gebäude gelegt wurde, dessen Bedeutung sich auch dadurch kennzeichnet, daß das Parlament ihm ein eigenes Wort der Zielsetzung in Form einer Präambel mit auf den Weg gegeben hat.

Es ist in den zwei Nachkriegsjahrzehnten vieles über politische Bildung als Schule der Demokratie gesagt und geschrieben worden. Prof. Dr. Arnold Bergsträsser von der Universität Freiburg sprach am 22. Februar 1956 in diesem Saal vor den Abgeordneten des Bayerischen Landtags über das Wesen der politischen Bildung. Was er vor mehr als zwölf Jahren sagte, ist auch heute noch,



Rudolf Hanauer

und gerade heute, gültig: "Deutschland ist heute gleichsam eine Experimentierstation, an der sich die Spannungen der Welt der Gegenwart unmittelbar äußern. In dieser Situation", so meinte der Wissenschaftler unter dem Aspekt von Theorie und Forschung, "brauchen wir klare Einsichten und gute, auch bewußt gewordene Verhaltensweisen."

Zu der Mitte der 50er Jahre geplanten Akademie für Politische Bildung in Bayern sagte Bergsträsser: "Wenn es Ihnen gelingt, im Land Bayern eine Akademie für Politische Bildung zu errichten, eine Akademie, die es möglich macht, mit der gegenseitigen Achtung und der gemeinsamen Vorsorge für das gesunde Dasein unseres Volkes die Einsicht in die harten Tatsächlichkeiten der politischen Situation der Gegenwart zu verbinden, dann werden Sie weit über Bayern hinaus uns allen im Südwesten der Bundesrepublik Deutschland einen Dienst leisten."

Es ist die vornehmste Aufgabe einer politischen Bildungsarbeit, und dies gerade in unserer heutigen Situation, den irrationalen Weg politischer Utopisten zurückzuführen auf den schmalen und mühsamen Pfad der politischen Realitäten. Hier scheint mir die Akademie für Politische Bildung eine der wichtigsten Begegnungsstätten zu sein, ein demokratisches Diskussionsforum, in dem neue Denkmodelle für die Zukunft erarbeitet werden. Bildungsarbeit wird damit zur

politischen Mitsprache und Mitverantwortung geführt.

So ist eine Akademie für politische Bildung heute nicht in erster Linie eine Schule der Demokratie; sie soll vielmehr sein ein ragender Leuchtturm, an dem sich eine sich neu formierende Gesellschaft orientiert. In ihrer politischen Forschungsarbeit wird die Akademie neue Modelle ausarbeiten und sie attraktiv und wirksam in den politischen Raum stellen.

Eine bayerische Akademie für politische Bildung hat zudem den Auftrag, die in unserem Land besonders wirksamen Ordnungsprinzipien des Föderalismus sichtbar zu machen. Das ist gerade zum jetzigen Zeitpunkt ein höchst aktueller Auftrag. Bayern, das klassische Land des deutschen Föderalismus, hat seit dem Konvent auf Herrenchiemsee 1948 auf die gliedstaatliche Struktur der Bundesrepublik Deutschland einen maßgeblichen Einfluß ausgeübt. Es gilt nun, im dritten Jahrzehnt unserer bundespolitischen Gemeinschaft, von Bayern aus verstärkt den Blick nach Europa zu richten und von unserem politisch-geographischen Standort aus auch in der politischen Bildungsarbeit das föderative Staatsprinzip zu festigen. Die in Tutzing an einem landschaftlich bezaubernden Ort beheimatete Politische Akademie kann so weit über Bayern hinaus für Staat und Gesellschaft wirksam werden.

Nicht nur theoretisches Wissen vermitteln

Würdigung des Bayerischen Ministerpräsidenten Goppel

Das zehnjährige Bestehen war auch für den Bayerischen Ministerpräsidenten, Dr. h. c. Alfons Goppel, Anlaß zur Würdigung:

Die Sorge der politisch Verantwortlichen wegen der vielfach fehlenden Einsicht in die Stellung, die Aufgaben und die Verantwortung des einzelnen im Staat und die geringe Verantwortungsbereitschaft mancher Kreise unserer Bevölkerung hat vor zehn Jahren zur Gründung der Akademie für Politische Bildung geführt. Die Akademie sollte als zentrale Tagungs- und Begegnungsstätte für den Staatsbürger selbst und vor allem für jene Persönlichkeiten dienen, die ihrerseits politische Bildung weitergeben können und sollen. Sie sollte aber auch Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung und die Erfahrungen der praktischen Politik auswerten und sie auf ihre allgemeinen Grundsätze zurückführen, so daß sie für alle verwendbar werden.

Es gibt viele Beweise, daß die Akademie für Politische Bildung in den zehn Jahren ihres Bestehens diese Forderungen verwirklicht und sich im bayerischen und außerbayerischen Raum hohe Anerkennung erworben hat. Die Freude über das bisher Geleistete und Erreichte ist Ansporn für die Aufgaben der Zukunft. Politische Bildung ist nicht nur das Anliegen derer, denen sie von Amts wegen

übertragen ist, sondern auch aller, die an politischer Macht teilhaben oder daran mitwirken, öffentliche Aufgaben zu bewältigen. Dies macht die Weite und die Bezogenheit des Betätigungsfeldes der Akademie für Politische Bildung deutlich. Nicht nur theoretisches Wissen aber ist zu vermitteln. Natürlich ist die Kenntnis der Verfassung und der Grundzüge der rechtlichen und gesellschaftlichen Gliederung des Staatswesens die unabdingbare Voraussetzung dafür, daß die demokratischen Mechanismen mit Leben erfüllt werden können. Aber noch dringlicher ist es, dem Bürger die Erkenntnis zu vermitteln, daß es im politischen Leben - auch in der Demokratie - um Macht und um die Möglichkeit geht, ein bestimmtes Ordnungsideal in die Wirklichkeit umzusetzen. Dieses bestimmte Ordnungsideal kann nur eines sein, das alle bindet, das daher in dem allen gemeinsamen Menschlichen begründet ist. Es kann aber auch nur ein Ideal sein, das bei aller abstrakten Allgemeinheit auf die beste Lebenserfüllung des einzelnen gerichtet ist. Seine Festlegung und seine Erfüllung sind nun einmal in diese Spannung bezogen. Im demokratischen Staatswesen geht der Wettbewerb darum in fairen Formen, im Austausch von Argument und Gegenargument vor sich - so sollte es wenigstens sein -, wobei nur die Demo-

kratie es unterläßt, eine einzige konkrete Verwirklichungsmöglichkeit als allgemein verbindlich zu erklären und alle anderen Meinungen zu verfolgen und auszurotten.

Es ist die Aufgabe der politischen Bildungsarbeit, allen in unserem Staat, besonders jenem Teil der Jugend, der um ein rechtes Verständnis der Demokratie ringt oder zu ringen behauptet, aufzuzeigen, daß die Demokratie eine zwar schwierige Staatsform ist, eine Staatsform aber, die dem Menschen in seiner Bezogenheit auf seinen Mitmenschen mehr Freiheit und mehr Entfaltungsmöglichkeiten anbietet als jede andere staatliche Organisation, eine Staatsform, die unsere Mühe, sie zu leben, nicht nur reichlich lohnt, sondern in der notwendigen Rücksichtnahme auf die Lebenserfüllung jedes einzelnen wie auf die gerade diese ermöglichende Gemeinschaftsfunktion Ordnung und Autorität verlangt. Es ist daher auch Aufgabe politischer Bildungsarbeit, gerade der Jugend zu beweisen, daß Diskutieren etwas anderes ist, als in Selbstgesprächen aneinander vorbeizureden, und daß am Ende aller Diskussion ein praktikabler, wenigstens von der Mehrheit gebilligter Entschluß zu verantwortlichem, dem Gemeinwohl dienendem Handeln und dieses selbst stehen muß.

Neue Aufgaben für politische Bildung

Justizminister Hillermeier zum 25jährigen Jubiläum

Das 25jährige Jubiläum der Akademie konnte am 29. Juni 1982 im Plenarsaal des Bayerischen Landtags gefeiert werden. Der stellvertretende Ministerpräsident und bayerische Justizminister, Dr. Karl Hillermeier, betonte damals die Aktualität des Auftrages der Akademie:

Das vom Bayerischen Landtag verabschiedete Gesetz über die Gründung einer Akademie für Politische Bildung legt - ungewöhnlich genug - Auftrag und Zielsetzung der Akademiearbeit in einer eigenen Präambel fest und brachte so schon äußerlich den besonderen Rang der neu-zuschaffenden Institution und ihre beson-

dere Bedeutung für die Fortentwicklung und Vertiefung des demokratischen Bewußtseins in unserem Volke zum Ausdruck.

Bemerkenswert auch, daß dieses Gesetz dann im folgenden Vierteljahrhundert keiner einzigen inhaltlichen Änderung unterzogen werden mußte - das wohl beste Zeugnis für seine Ausgewogenheit, Praxisbewährung und Bestandskraft!

Der im Gesetz umrissene Auftrag der Akademie, die politische Bildung in Bayern auf überparteilicher Grundlage zu fördern und zu vertiefen und dabei der Festigung des Gedankengutes der freiheitlich-demokratischen Staatsordnung



Dr. Karl Hillermeier

zu dienen, ist heute so aktuell wie vor einem Vierteljahrhundert, mögen auch die sich wandelnden Zeitströmungen die Akzente anders setzen.

In der Gründerzeit der Akademie war es noch das vorrangige Anliegen, nach durchlittener Diktatur die junge Demokratie zu stärken, sie im Herzen und den Hirnen der Menschen fest zu verankern, durch die Vermittlung von Wissen und durch die Einübung demokratischen Verhaltens.

25 Jahre später steht die politische Bildung in unserem Land vor neuen Aufgaben: Eine neue Generation ist herangewachsen.

Sie hat weder die Zeit der Unrechtherrschaft, des Krieges und des Zusammenbruchs noch die des Wiederaufbaus kennengelernt. Für sie sind Rechtsstaat und Demokratie ebenso wie das Leben in Wohlstand und sozialer Sicherheit Selbstverständlichkeiten, um die man offenbar nicht mehr zu ringen braucht.

Um so leichter lassen sie sich "hinterfragen", wenn nicht gar in Frage stellen. Dies ist zugleich eine Herausforderung an eine politische Bildungsarbeit, deren

Ziel und Inhalt dieser freiheitliche Rechtsstaat und diese parlamentarische Demokratie sein und bleiben müssen!

Jede nachwachsende Generation muß immer wieder von neuem für diese freiheitliche Ordnung gewonnen werden. Ihr muß mit aller Eindeutigkeit klargemacht werden, daß menschenwürdiges Leben nur in einer Ordnung der Freiheit möglich ist und daß die freiheitliche Ordnung immer feste Grundlagen braucht: den intakten Rechtsstaat mit verantwortungsbewußten Bürgern, die sich aktiv zu ihrem Staat bekennen und bereit sind, ihre Freiheit notfalls zu verteidigen.

Nicht zuletzt sehe ich es auch als Aufgabe der politischen Bildung an, den Bürgern immer wieder mit aller Eindringlichkeit klarzumachen: Unsere freiheitliche Demokratie darf nicht nur eine Schönwetterperiode sein. Wohlstand, soziale Sicherheit, Freizeit werden nicht geschenkt, sondern müssen zuerst hart erarbeitet werden. Die freiheitliche Demokratie ist kein Selbstbedienungsladen, sondern setzt den verantwortungsbewußten Bürger voraus, der an den Staat nicht nur Ansprüche stellt, sondern der auch

bereit ist Belastungen zu ertragen, Opfer zu bringen.

Es darf niemals wieder dazu kommen, daß in Deutschland wirtschaftliche Not oder geistige Unbehaustheit, Verzweiflung und Ängste die Menschen in die Arme der Feinde von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat treiben.

Deshalb sehe ich heute auch die Aufgabe der politischen Bildung in der Auseinandersetzung mit emotionalen Strömungen, die an die Wurzeln unserer von Wissenschaft und Technik, von Leistung und Verantwortungsbewußtsein des einzelnen bestimmten arbeitsteiligen Industriegesellschaft gehen.

Der Kampf gegen jenes Klima der Angst und Verzweiflung, des Kleinmuts und des Klagens, welche das Leben in unserem Land zunehmend vergiftet, kann selbstverständlich nicht nur oder vorwiegend Aufgabe der Institutionen der politischen Bildung sein. Hier sind alle Kräfte in unserem Land aufgerufen, die Verantwortung tragen, Meinung machen, Sinn vermitteln - die Kirchen, die Familien, die Medien, die Parteien, die Gewerkschaften.

Aufbau und Stärkung von Vernunft

Akademiedirektor Hättich erinnert an Motive der Akademiegründung

Als immerwährende Aufgabe politischer Bildung bezeichnete der damalige Akademiedirektor Prof. Dr. Manfred Hättich beim Festakt zum 25jährigen Akademie-Jubiläum "Aufbau und Stärkung von Vernunft und Sittlichkeit". Zudem erinnerte Hättich an die Beweggründe zur Errichtung der Akademie:

Plato gründete seine Akademie vor den Toren Athens auf dem Erfahrungshintergrund des enttäuschenden Versuches, sich an den Staatsgeschäften zu beteiligen. Die Motive der Politiker, Wissenschaftler und Pädagogen, die vor den Toren Münchens die Akademie für Politische Bildung gegründet haben, sind nicht verstehbar ohne den Rückgriff auf den Irrweg deutscher Politik in die totalitäre Diktatur des Nationalsozialismus und auf die hautnahe Konfrontation mit dem Totalitarismus der Kommunisten im eigenen Vaterland als eine Folge dieses Irrwegs. Daran bei unserem Jubiläum zu erinnern, ist nicht nur aus historischem Interesse angebracht, sondern auch des-

halb, weil beide Herausforderungen nicht als Geschichte im Sinne eines Erledigseins verstanden werden sollten. Nicht daß uns eine faschistische oder kommunistische Diktatur ins Haus stünde. Erfahrungen und Auseinandersetzungen mit totalitären Möglichkeiten unserer Zeit haben wieder einmal die Einsicht offengelegt, daß Dispositionen zum Fanatismus, zur Intoleranz, zur politischen Träumerie und zur monokausalen Weltinterpretation nicht, weder mittels herrschaftlicher noch pädagogischer Operationen, aus der menschlichen Natur ein für alle Mal zu eliminieren sind. Es geht immer wieder um die Frage, ob solche Dispositionen gegenüber Vernunft und Sittlichkeit die Oberhand bekommen. Aufbau und Stärkung von Vernunft und Sittlichkeit kann als immerwährende Aufgabe politischer Bildung bezeichnet werden. Daß Freiheit nicht nur ein Recht, sondern sittliche Verpflichtung ist, das war, ist und möge bleiben der Leitgedanke unserer Arbeit. Sittlich verpflichtende Freiheit ist informations- und ord-

nungsbedürftig.

Diese Akademie als Anstalt des öffentlichen Rechts mit dem Recht der Selbstverwaltung ist unter den Institutionen der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland bis heute einmalig.



Prof. Dr. Manfred Hättich

Gesellenstück

Erinnerungen an die Akademiegründung

Die Eröffnung einer Tagung im November 1995 rief in Dr. Hans-Jochen Vogel „Jugenderinnerungen“ wach, so sagte er selbst. Denn an der Entstehung der Akademie sei auch er beteiligt gewesen, wenn auch nur als Helfer und Zuarbeiter.

Daß ich hier in diesem Hause zur Eröffnung einer Tagung das Wort ergreife, ruft in mir Jugenderinnerungen wach. Vor fast vierzig Jahren habe ich nämlich in der Bayerischen Staatskanzlei als junger Mitarbeiter Wilhelm Hoegners, des damaligen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten - so etwas gab es einmal in Bayern! -, den Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung einer Politischen Akademie ausgearbeitet.

Er beruhte auf den Ergebnissen lebhafter Diskussionen, die Waldemar von Knoeringen angeregt und moderiert hatte und an denen sich unter anderem Hans Nawiasky am Schluß, Alfred Marchionini und Franz Fendt, 1945/46 Bayerischer Kultusminister, beteiligten und in der Arnold Bergsträsser seinem Standpunkt

gegenüber Franz Fendt besonderen Nachdruck verlieh, indem er ihn an der Krawatte packte und im Rhythmus seiner Argumente hin und her bewegte.

Mich hat das sehr beeindruckt, nachgeahmt habe ich es aber nur ausnahmsweise - zumal im Laufe der Zeit die Zahl meiner Kontrahenten zunahm, die gar keine Krawatten trugen.

Der Gesetzentwurf war sozusagen mein Gesellenstück und ich war einigermassen stolz, als der Bayerische Landtag ihn mit geringen Änderungen verabschiedete. Mit der gebührenden Bescheidenheit darf ich mich folglich zwar nicht den Vätern, aber doch den Helfern und Zuarbeitern der Väter dieser Akademie zurechnen. Das zu verleugnen habe ich um so weniger Grund, als die Akademie zur Zeit ihrer Gründung die erste ihrer Art war und im Laufe der Jahrzehnte die seinerzeitigen Erwartungen in hohem Maße erfüllt hat.



Der Entwurf des Akademiegesetzes war sein „Gesellenstück“. Dr. Hans-Jochen Vogel.

Äquidistanz zu den politischen Parteien

Dr. Karl Böck über die Gründung der Akademie

Beim Empfang anlässlich seines 80. Geburtstages im Jahr 1996 berichtete Dr. Karl Böck über die Gründung der Akademie. In der damaligen Diskussion äußerte die CSU-Opposition laut Böck den Verdacht, daß mit der Akademie eine Schulungsstätte für Beamte im Sinne der sozialistischen Regierungspartei geschaffen werden sollte. Böck erinnert sich:

Als dann die Regierung Hoegner 1957 durch die Regierung Seidel abgelöst wurde, da war die Akademie gegründet, aber noch nicht eröffnet und in der CSU gab es Stimmen - vor allem um Alois Hundhammer - die vorschlugen, das ungeliebte Kind noch vor seinem ersten Schrei sterben zu lassen.

Hanns Seidel, für den ich in kulturpolitischen Grundsatzfragen wiederholt als Ghostwriter tätig gewesen war, fragte mich um meine Meinung. Ich sagte, die



An die Gründung der Akademie erinnerte Dr. Karl Böck beim Empfang anlässlich seines 80. Geburtstages.

Gefahr einer einseitigen Ausrichtung läge ja nunmehr auf Seiten der CSU, die die neue Regierung stelle. Einseitigkeit aber wäre gleich schlecht, von welcher Seite sie käme. Der Gedanke der Akademie sei gut, über die Notwendigkeit politischer Bildung gäbe es wohl keinen Dissens. Die neue Einrichtung sei daher zu begrüßen unter einer Voraussetzung: wenn alle Parteien darauf verzichteten, einen dominierenden Einfluß auf Programm und Personal zu gewinnen, die Äquidistanz zu den Parteien sei die Lebensfrage einer solchen Akademie. Seidel stimmte uneingeschränkt zu und bat mich, Alois Hundhammer, zu dem ich als sein früherer persönlicher Referent ein gutes Verhältnis hatte, für den Gedanken der Akademie zu gewinnen. Dies gelang auch und so konnte der Ministerpräsident Hanns Seidel mit dem Festredner Romano Guardini die Akademie festlich eröffnen.

Achten und beachten

Otto B. Roegele über die Akademie für Politische Bildung

„Eine der besten Eingebungen des Bayerischen Landtages“ nannte Prof. Dr. Otto B. Roegele die Akademie für Politische Bildung in der Festschrift „Politik - Bildung - Religion“ anlässlich des 65. Geburtstages von Staatsminister a. D. Prof. Dr. Hans Maier im vergangenen Jahr. Somit wurde die Würdigung der Verdienste des Jubilars durch Roegele, der Mitglied des Kuratoriums der Akademie ist, gleichzeitig zu einer Würdigung der Akademie und zu einem Blick auf ihre Tätigkeiten und ihre Bedeutung.

Unabhängig von den Hochschulen des Landes, was die Organisation betrifft, doch fest und auf das glücklichste durch Personen und Zielsetzungen mit ihnen verbunden, war und ist die „Akademie für Politische Bildung“ in Tutzing. Man wird sagen dürfen, daß es eine der besten Eingebungen des Bayerischen Landtags war, diese zentrale Einrichtung durch ein Gesetz, das von allen Parteien getragen wurde, zu errichten und mit einem hohen Maß von Selbständigkeit, Selbstverwaltung und Verantwortung für das

eigene Programm auszustatten. Das Gesetz vom 27. Mai 1957 hat sich nicht allein in der Kontinuität der Arbeit der Akademie bewährt, sondern auch einige Tests unter besonderer Zeitgeist-Belastung gut bestanden.

Mancher Hochschullehrer nahm in den turbulenten Jahren der studentischen Rebellion dankbar die Möglichkeit wahr, mit einem arbeitswilligen Seminar drei Tage in Tutzing unterzukommen und ungestört von Lärm und tätlichen Angriffen das Pensum eines Semesters abzuschließen. Wer die Aktivitäten der Akademie in den Jahren nach der Wende in den Blick nimmt, wird feststellen können, mit welcher Intensität und hohem internationalem Anspruch die neue Situation Deutschlands hier angegangen und analysiert wurde - zugleich im Vorfeld wissenschaftlicher Aufarbeitung, politischer Bewertung und pädagogischer Ausstrahlung. Mit Recht gilt die Tutzinger „Akademie für Politische Bildung“ als ein Modell, das sich glänzend bewährt hat und anderen Ländern zum Vorbild dienen kann. Was Beobachtern und auch mir eine ge-

wisse Sorge bereitet, ist der Eindruck, daß die Landespolitiker die Tätigkeit und die Wirkungsmöglichkeiten der Akademie nicht mehr so wichtig nehmen, wie sie es in früheren Jahren getan haben. Nicht als ob es Kritik oder Unzufriedenheit gäbe oder gar der Nutzen der Institution in Zweifel gezogen würde. Eher sieht es nach dem Gegenteil aus. In einer Zeit, in der Politiker nur aufzumerken pflegen, wenn irgendwo die Alarmglocken schrillen, wenn irgendwelche Medien einen „Skandal“ entdecken, wenn wahlkampfgerecht „getimete“ Schlagzeilen erscheinen, gerät eine Institution, die klaglos ihren Dienst versieht, leicht ins Abseits der öffentlichen Debatte. Das hat die Akademie in Tutzing nicht verdient; das bekommt auch der Öffentlichkeit, die sich in den letzten Jahren mit so vielen unaufgearbeiteten Problemen herumzuschlagen hat, nicht gut. Die Arbeit der Akademie, wie sie sich entwickelt hat und weiter entwickeln wird, kann dazu wichtige Beiträge leisten. Sie muß freilich nicht nur geachtet, sondern auch gehörig beachtet werden.

40jähriges Jubiläum der Akademie

Demokratie:

„Große Aufgaben liegen vor uns“

Eric Voegelin

Einen anspruchsvollen Beginn der Arbeit der Akademie markiert der Festakt zur Eröffnung der Akademie in der Aula der Universität München am 21. Februar 1959. Dabei sprach Prof. Dr. Dr.h.c. Eric Voegelin über „Demokratie im Neuen Europa“.

Wir leben in einem freien, demokratischen Gemeinwesen, und wir wollen, daß es frei und demokratisch bleibe. Aber Freiheit und Demokratie sind nichts, was durch die Einrichtung einer Verfassung ein für allemal garantiert werden könnte. Wir haben eine demokratische Verfassung gehabt. Aber sie wurde in ihrem Funktionieren durch die Blockmajorität

von rechts und links gelähmt; und sie wurde durch Gewalt, die nicht den Widerstand organisierter Gegengewalt hervorrief, hinweggefegt. Gewiß haben nicht alle, die zu der Katastrophe ihr redliches Teil an Enthusiasmus und Bemühen beigetragen haben, die Folgen gewollt. Nur zu oft haben wir sie stammeln gehört: „So haben wir es nicht gemeint“ - in der Erwartung, daß man sie für den Gedanken nach der Tat auf die Schulter klopfen würde. Aber dem Bürger einer Demokratie ist der Gedanke nach der Tat nicht erlaubt - er muß vorher denken, und er muß wissen, was er tut.

Das klingt hart - und es klingt nicht nur so, es ist hart. Eine Demokratie ist kein Schlaraffenland, in dem der friedliche



Bei der Eröffnung der Akademie sprach Prof. Dr. Dr. h.c. Voegelin über Demokratie im Neuen Europa.

Bürger seinen Geschäften nachgehen und sich des Wirtschaftswunders erfreuen kann, sondern ein Zustand der täglichen, wohlgeübten und zur Gewohnheit gewordenen Wachsamkeit und Disziplin in den Grundfragen des politischen Lebens. Demokratie ist nur möglich, wo es Bürgertugend gibt. Und die erste der Tugenden, ohne die allen anderen die Ordnung des Handelns fehlt, ist das sichere Wissen um die Grundsätze des Zusammenlebens freier Menschen in einer freien Gesellschaft.

Aber wo finden wir diese Grundsätze? Die Schlagworte des politischen Lebens, zu denen auch "Demokratie" und "Freiheit" gehören, geben sie uns nicht. Ausdrücke, die so sehr Klischees geworden sind, daß ein Sowjetpolitiker sie ebenso gebrauchen kann wie ein Demokrat, bedürfen genauerer Besinnung auf ihre Bedeutung, damit nicht in eben ihrem Namen Freiheit und Demokratie zerstört werden. Wie bricht man durch die Inkrustationen des Propagandamißbrauchs wieder zum Wesen der Sache durch?

Wir können den Sinn wiederfinden durch Besinnung auf den grandiosen Ausdruck, den der Glaube an die Demokratie in der klassischen Rede ihres großen Staatsmannes gefunden hat, dessen 150. Geburtstag die westliche Welt in diesem Jahre feiert - in der Gettysburg-Rede Abraham Lincolns. Sie wurde im Jahre 1863 gehalten, im dritten Jahr des Bürgerkriegs, in dem es um die Aufhebung der Sklaverei ging. Sie wurde auf dem Schlachtfeld von Gettysburg gehalten, zu Ehren der Männer, die gefallen waren, damit die Gründung eines Volkes in freier menschlicher Existenz nicht zunichte würde. Und wenn Sie jetzt die Peroratio Lincolns hören, dann denken Sie auch daran, daß hier in diesem Hause, in dem wir versammelt sind, das Denkmal der Geschwister Scholl steht. "Wir können diesen Boden nicht weihen. Er ist geweiht - von den Tapferen, im Leben und im Tod, die hier gekämpft haben... Uns steht nur zu, uns der großen Aufgabe zu verpflichten, die noch vor uns liegt - daß diese Toten unsere Hingabe an die Sache stärken, für die im letzten Maß sie sich gegeben haben; daß, kraft unserer Entschlossenheit, die Toten nicht umsonst gestorben sind; daß diese Nation, unter Gott, wiedergeboren werde in Freiheit; und daß die Herrschaft des Volkes, durch das Volk, für das Volk, nicht vergehe von der Erde."

Durch die Gettysburg-Rede ist die For-

mel von der "Herrschaft des Volkes, durch das Volk, für das Volk" so berühmt geworden, daß ihre Autorschaft Lincoln zugeschrieben wird. Wir spüren heute nicht mehr ihr volles Gewicht, weil wir nicht mehr wissen, welches Gewicht sie in der Tradition hatte, in der Lincoln stand und aus der er sie genommen hat. Besinnen wir uns darum auf ihre ursprüngliche, vollständige Fassung. Sie befindet sich im Prolog zu Wyclifs Bibelübersetzung von 1384, und sie lautet: „This Bible is for the Government of the People, by the People, and for the People.“ Mit diesem Satz Wyclifs, der in der angelsächsischen Zivilisation weiterlebt bis heute, wird das geistige Motiv der westlichen Demokratie sichtbar, zu der es außerhalb des westlichen Kulturkreises, mit seiner Tiefendimension in der jüdisch-christlichen Tradition, keine eigenständige Parallele gibt. Das Volk, das herrschen kann, durch sich selbst und für sich selbst, ist nicht jedes beliebige Volk im ethnischen Sinne, nicht jedes Volk unangesehen seines Kulturstandes. Es ist das Volk, das seine Geburt in Freiheit unter Gott erfahren hat, das sein Leben in diesem Status auch verlieren kann, und das - denken Sie an Lincolns Rede - einer Wiedergeburt bedarf, um herrschen zu können.

Mit dem Ausdruck „Zivilregime“ übersetze ich das englische „civil government“. Das Zivilregime - das ist es, was wir Demokratie nennen. Wir müssen es in seinen Wesenszügen erkennen, wenn wir wissen wollen, an welche Bedingungen sein Funktionieren gebunden ist; welche Bedingungen wir herstellen müssen, um es funktionsfähig zu machen; und wo der Kampf für die Demokratie einsetzen muß, wenn die Funktionsbedingungen bedroht werden.

Die Idee des Zivilregimes fordert, daß die organisierte Macht auf den Schutz eines als „natürlich“ verstandenen Lebensbereiches der freien, selbständigen Menschen beschränkt werde. Zum natürlichen Bereich gehören die Kardinalgüter von Leben, Freiheit und Eigentum. Über den Schutz der Güter des natürlichen Bereiches durch die Zivil- und Strafrechtsordnung hinaus darf organisierte Macht nur zum Schutz der Gesellschaft im ganzen gegen äußere Feinde verwendet werden. Die Lebensbereiche der Vernunft und des Geistes haben grundsätzlich außerhalb des von der Macht betroffenen Zivilbereiches zu bleiben. Im Bereich des Geistes herrscht Glaubens- und Gewissensfreiheit; im Bereich der Vernunft

Gedanken- und Diskussionsfreiheit.

Die Trennung der Lebensbereiche in einen politischen und einen nichtpolitischen ist jedoch nur dann möglich, wenn die Mitglieder der Gesellschaft bereit sind, aus den Fragen des Geistes und der Vernunft nicht ein Politikum zu machen; nur dann, wenn es keine Gruppen in der Gesellschaft gibt, die von der Staatsmacht Gebrauch machen wollen, um ihre Glaubenshaltungen und Ideen ihren Mitbürgern aufzuzwingen. Die Demokratie ist daher grundsätzlich nicht tolerant; sie kann nur denen gegenüber tolerant sein, die sich den Bedingungen des Zivilregimes fügen wollen.

In welcher Richtung die Demokratie intolerant zu sein hat, hängt von den historischen Umständen ab. Am Ende des 17. Jahrhunderts wurden Katholizismus und Puritanismus als die Feinde des Zivilregimes angesehen. Und Locke's "civil government" war gegen die "ecclesiastical policy" der Elisabethinischen Zeit gerichtet. In unserer Zeit sind die gnostischen Massenbewegungen, vor allem der Nationalsozialismus und der Kommunismus, die Feinde der Demokratie. In keinem Fall darf Demokratie als das Regime verstanden werden, das den Feinden der Demokratie die Freiheit läßt, ihren Umsturz zu organisieren. Wie Justice Murphy in einer Entscheidung des amerikanischen Supreme Court das Prinzip formuliert hat: Die Grund- und Freiheitsrechte sind nicht ein Selbstmordvertrag. Jenseits aller Zweifel liegt der Fall, wenn eindeutig anti-demokratische Parteien eine Stärke erreichen, die das Funktionieren des parlamentarischen Systems unmöglich macht, wie im Falle der Weimarer Republik. Auf den demokratischen Parteien der zwanziger Jahre liegt die schwere Schuld, daß sie aus Mangel an demokratischem Wissen und Willen die antidemokratischen Parteien links und rechts zuerst unerlaubt erstarken ließen, ohne sie zu verbieten; und als das Verbot kaum noch ohne das Risiko des Bürgerkrieges zu erlassen war, den Bürgerkrieg nicht riskiert haben; daß sie den Punkt nicht erkannt haben, an dem die Gemüthlichkeit der Volksgemeinschaft im ethnischen Sinne aufhört und der Ernst des Volkes im zivilen Sinne in seine Rechte zu treten hat. Dieser Bürgerkrieg wäre bitter gewesen, aber gewiß nicht so bitter wie die Fremdherrschaft der nationalsozialistischen Sektierergemeinde, wie der Weltkrieg und seine Folgen.

Die Idee des Zivilregimes, seine Theorie

und seine Verfassungspraxis sind in England geschaffen worden; die Amerikanische Republik von 1789 wurde auf ihre Prinzipien gegründet; im Laufe des 19. Jahrhunderts haben dann die kontinental-europäischen Nationen ihre Verfassungen auf dieses Modell hin entwickelt. Und wenn das Modell in konkreten Fällen, durch die noch nicht abgeebbten Ideologiewebungen des vorigen Jahrhunderts, auch heute noch vielfach gefährdet ist, so können wir doch sagen, daß das Zivilregime die spezifisch westliche Form der politischen Ordnung geworden ist.

Mit dieser Feststellung ist jedoch nicht ein Ende gesetzt - im Gegenteil: Sie eröffnet die Perspektive in die Zukunft des Regimes und die Aufgaben, die vor uns liegen. Denn die Demokratie ist innerhalb der Nationalstaaten als die politische Organisation der Nation entwickelt worden - und heute stehen wir vor der Aufgabe, sie für die Organisation Europas und darüber hinaus der westlichen Welt, die auch Amerika und das British Commonwealth umfaßt, zu aktivieren. Aus dieser Aufgabe erwächst eine Verschärfung der Pflichten für die Bürger des Zivilregimes in jedem der westlichen Völker.

Denn solange die Nationalstaaten relativ in sich geschlossen waren, konnten die Wechselfälle ihrer Verfassungsgeschichte als ihre inneren Angelegenheiten gelten - wenn auch damals nur bis zu einem gewissen Grade -, solange die Ereignisse nicht die Interessen der anderen Völker affizierten. Die Organisation des neuen Europas, die im Werden ist, bedarf jedoch verlässlicher kontinuierlicher Kooperation der Regierungen; und erfolgreiche Zusammenarbeit ist unmöglich, wenn sie ständig im Schatten der Besorgnis vor irgendwelchem Ideologiefug in einem der Partnerstaaten steht. Die Stabilität des Zivilregimes in den europäischen Nationen, in jeder einzelnen, ist zur Bedingung des Überlebens aller geworden. Die eiserne Unterdrückung des Ideologiefugs ist heute die Bedingung der nackten Existenz.

Der föderative Zusammenschluß der europäischen Staatenwelt ist zu einer Notwendigkeit jenseits der Diskussion geworden, weil sich in den letzten 150 Jahren die Größenordnung der zu unabhängiger, freier Existenz fähigen Gesellschaften entscheidend verändert hat. Das Problem der Größenordnung hat seine gefährliche Schärfe, die es vor hundert

Jahren noch nicht hatte, durch die Entwicklung der industriellen Technik, in ihrem Gefolge, durch die Umwandlung der alten Agrargesellschaften in Industriegesellschaften empfangen. Der jeweilige Stand der industriellen Technik erfordert zu seiner optimalen Ausnützung durch eine Gesellschaft eine bestimmte Größe des Territoriums und der Bevölkerung, der Kapitalausstattung und des Marktes.

Wir alle wissen, und ich brauche es nicht auszuführen, daß die europäischen Nationalstaaten in allen diesen Beziehungen zu klein sind, um die optimale Ausnützung des technischen Standes zu gestatten. Eine moderne Wirtschaftsverfassung erfordert die Größenordnung der amerikanischen oder russischen Gesellschaft. Eine europäische Gesellschaft würde auch dieser Größenordnung angehören. Da ferner das Machtpotential einer Industriegesellschaft nicht im einfachen Verhältnis zu ihrer Größe, sondern um ein Vielfaches gegenüber der kleineren Gesellschaft ansteigt, ist durch die Entwicklung der Technik die europäische Einigung eine machtpolitische Notwendigkeit geworden.

Diese harten Notwendigkeiten haben jedoch auch einen erfreulichen Aspekt für die Zukunft der Demokratie. Das Zivilregime ist als dauerndes, stabiles Regime nur möglich in einer Gesellschaft freier, unabhängiger Menschen. Und zur Freiheit des Menschen gehört eine materielle Basis, die ihm genügend Bewegungs-, Denk- und Bildungsfreiheit gewährt, um am öffentlichen Leben teilzunehmen und vor allem, um das öffentliche Leben als etwas zu erfahren, das ihn persönlich angeht.

Doch nun zur Sozialproblematik: Erst das letzte halbe Jahrhundert und vor allem die letzten zwanzig Jahre haben eine neue Möglichkeit für die Lösung des Sozialproblems in der Industriegesellschaft gezeigt. Damit aber hat sich die Sozialproblematik der Industriegesellschaft radikal geändert. Der Lebensstandard für alle ist so hoch und so ausreichend gesichert, daß niemand Klassenkämpfe führen muß, um aus einer unzureichenden Gütermenge für sich und seine Familie wenigstens ein Existenzminimum herauszuschlagen. Die Kampffront hat sich vom Interessengegensatz der Arbeiter und Unternehmer, von Arm und Reich verschoben zur Interessengemeinschaft in der Ausbeutung der technischen Produktivität. Und diese radikale Veränderung,

die quantitativ schon lange in Vorbereitung war, ist qualitativ erst in den letzten zwanzig Jahren deutlich geworden.

Als ich 1938 nach Amerika kam, hat es das Phänomen des non-essential income, das heute die Wirtschaftstheoretiker, Soziologen und Politiker aufregt, noch nicht gegeben. Auf dieser neuen Produktivitätsbasis ist in den Bereich des Möglichen getrickt und zum Teil schon Wirklichkeit geworden, was Jefferson nur unter den Bedingungen der Agrarwirtschaft alten Stils für möglich hielt: die materielle Sicherheit für alle, auf einem sehr viel höheren Niveau der Güterausstattung, im Rahmen der modernen Industriegesellschaft. Die Möglichkeit des Zivilregimes in der Industriegesellschaft kann auf Grund der amerikanischen Erfahrung für gesichert gelten.

Was in Amerika möglich war, ist auch im geeinten Europa möglich - wenn wir wollen und bereit sind, uns an die Bedingungen der großräumigen Industriegesellschaft anzupassen. Und einiger Anpassung wird es allerdings bedürfen. Denn Steigerung der Produktivität bedeutet die Entwicklung neuer technischer Prozesse und das Obsoletwerden alter unproduktiv gewordener Fabriken und Bergwerke und ganze Produktionszweige müssen geschlossen werden und ihren Platz den Höherproduktiven räumen. Ein gewisser Prozentsatz von zeitweiliger, struktureller Arbeitslosigkeit, von Wechsel des Arbeitsplatzes und Wohnortes, von Umschulung auf neue Berufe und Geschicklichkeiten ist die unerbittliche Begleiterscheinung der Ausnützung technischer Produktivität für das Gesamtwohl.

Die in Europa sehr eingefahrene Sicherheitspsychologie wird einer neuen Haltung des Anpassungswillens und der Flexibilität weichen müssen, wie sie in Amerika als selbstverständliche, freie Haltung entwickelt worden ist und wie sie in der Sowjetunion durch die weniger erfreuliche Methode der Gewaltanwendung der Bevölkerung aufgezwungen wird. Die Erziehung zur Demokratie im neuen Europa wird also zu einem wesentlichen Teil darin bestehen müssen, den Menschen in der breiten Masse das Wesen der Industriegesellschaft und ihrer Bedingungen klarzumachen und die Haltung der Beweglichkeit und Anpassung auszubilden.

Ich bin am Ende meiner Ausführungen. Sie konnten den gewaltigen Gegenstand nicht mehr als skizzenhaft andeuten. Aber

Sie haben doch wohl erkannt, daß große Aufgaben vor uns liegen, die viel Arbeit und Disziplin erfordern, bis wir das Ziel eines freien, machtvollen, gesicherten Europas mit einer gesunden Wohlstandsbasis für alle erreicht haben. Und Sie haben wohl

auch gesehen, daß die Aufgaben nicht hoffnungslos sind - im Gegenteil, daß das Ziel in der Reichweite der jungen Generation unter den hier Versammelten liegt. Aber zur Verwirklichung der Aufgaben brauchen wir alle Hilfe, die wir überhaupt nur

haben können. Und solche Hilfe wird uns heute durch den Bayerischen Staat und die Gründung der Akademie für Politische Bildung geboten. Ich wünsche der Akademie und ihrem Direktor alles Gute zum Erfolg des Unternehmens.

Reform:

„Gefahr der blinden Reaktion“

Hans Maier

Jubiläen waren stets auch Anlaß politikwissenschaftlicher Bilanzierung auf aktuellem Hintergrund. So sprach beim Festakt am 26. November 1968 Prof. Dr. Hans Maier über „Reform in der Demokratie“.

Die gegenwärtige Krise - um unsere Diagnose nur in wenigen Worten anzudeuten - ist nicht eine Krise des Apparats und der Technik, sie ist keine Krise der Institutionen, sie kann nicht Paragraphen und Verfahrensregelungen angelastet werden, noch weniger ungreifbaren Abstraktionen wie dem „Spätkapitalismus“ oder dem „Zerfall der bürgerlichen Gesellschaft“. Sie ist zunächst eine äußere Krise, die Folge einer Veränderung der deutschen Stellung von außen her, eine Veränderung, die mit der inneren Entwicklung der Bundesrepublik in folgenreicher Weise kontrastiert: Die weltpolitische *raison d'être* wird der Bundesrepublik im gleichen Augenblick bestritten, ja entzogen, in dem ihre innere Ordnung sich gegen den lange festgehaltenen Schein und Stempel des Provisorischen durchsetzt und konsolidiert. Sie ist sodann die Folge einer Unsicherheit: resultierend aus dem Zusammenstoß einer Regularien traktierenden Verwaltung und Regierung mit neuen, noch kaum übersehbaren sozialen und technischen Problemen. Zuletzt ist sie eine Krise der Personen, die Politik betreiben, und als ihr Kern enthüllen sich Entscheidungsschwäche und Mangel an politischer Substanz: wenn trotz verfassungsrechtlicher und politischer Möglichkeit nicht, oder nicht zur rechten Zeit, entschieden, gehandelt, regiert wird, so ist das ein Zeichen, daß man aus Angst, Schwäche, Konformismus oder welchen Gründen immer eben nicht regieren will.

Daß dies so ist, ist wiederum nicht zufällig. Die Bundesrepublik ist in ihrer Ent-

stehung und politischen Eigenart geprägt von einer doppelten Distanz: einmal zur Vergangenheit hin, gegenüber dem Dritten Reich; dann zur Zukunft hin, gegenüber potentiellen gesamtdeutschen wie europäischen Lösungen. Eben dies hat, wie oft dargelegt, im Inneren zur Ausprägung einer betont liberalen, ja individualistischen, den sozialen Status quo betonenden Rechtsstaatlichkeit geführt, nach außen zu einer erhöhten Öffnungsbereitschaft gegenüber internationalen und supranationalen Einheiten. Da sowohl das Nationale wie das Moment des „*état actif*“ durch den NS-Führerstaat und das nationalkommunistische Regime der DDR besetzt war, griff man bewußt weiter zurück: auf die klassische Form des liberalen Rechtsstaats, ja des Justizstaats, des Rechtswege-Staats und auf die Tradition des vor-nationalen europäischen Föderalismus.

Mit dem Trauma des NS-Regimes verdrängte man zugleich New Deal, Front Populaire, Labour-Reform, westlichen Sozialismus, Planifikation, neuen Nationalstaat, neuen Nationalismus. Heute nun meldet sich das 1949 Verdrängte ungestüm zu Wort, und den Älteren nützt es wenig, wenn sie eine ebenso gedächtnisarme wie tatendurstige Jugend auf die Kostüm-Ähnlichkeiten mit den Taten und Attitüden des Nationalsozialismus hinweisen. Aktivistischer politischer Wille fragt nicht nach Ahnen und kehrt nicht um vor historischen Mahntafeln; die Älteren aber, zwischen jugendlichem Anspruch und böser Erinnerung hin- und hergerissen, flüchten teils in ängstliches Nichtstun, teils ins unüberzeugte Mitläufertum; sie wagen kein Ja, noch weniger ein Nein.

Hieraus ergeben sich die eigentlichen Belastungen und Schwierigkeiten der Reformdiskussion in unserem Land. Ein Provisorium muß Dauer suchen; ein liberaler Staat muß Planung betreiben; eine



Über Reform in der Demokratie sprach Prof. Dr. Hans Maier beim Festakt zum zehnjährigen Bestehen der Akademie.

repräsentative Demokratie muß „die Einmischung plebiszitärer Mittel“ bedenken; den Usancen behutsam-taktischen Koordinierens schallt der Ruf nach Führung entgegen. Ein Rechtsstaat, geschaffen aus Sicherheitsverlangen gegenüber totalitärer Willkür, muß nach der Grenze suchen, jenseits derer Wohltat Plage, der Rechtsweg zur Fessel wird, er muß die Weichen umstellen vom *laissez-faire* auf Intervention, vom Individualistischen aufs Soziale - dies in einer weltpolitischen Situation, in der zuviel politische Schwäche wie zuviel Stärke in deutschen Händen von der Umwelt mit gleichem Argwohn angesehen werden.

Aber Sie werden mich fragen: Haben wir nicht seit kurzem eine starke, ja explosive Reformkraft in der Bundesrepublik: die der vom Neo-Marxismus und anderen Quellen gespeisten studentischen Revolte? Sind nicht von hier unerwartete Energien der Erneuerung, der Umwälzung veralteter Denkmuster und Institutionen ausgegangen? Ich gestehe, daß ich skeptisch bin. Für einzelne Gebiete, wie

die Bildungs- und Hochschulreform, mag man heilsame oder doch jedenfalls wirksame Anstöße konstatieren. Für eine planvolle, in die Bereiche der Infrastruktur und des Regierungssystems ausgreifende Reform dagegen ist die Lage angesichts der vergangenen und gegenwärtigen Unruhen eher schwieriger geworden. Es besteht die Gefahr, daß blinde Reaktion an Stelle umsichtiger Reform an Boden gewinnt; daß man Aktionen produziert, ohne zu wissen, warum und wozu, einfach um sich Aktionsfähigkeit zu beschleunigen und den Verdacht des Immobilismus zu zerstreuen; daß man ohne Überzeugung reformiert und in der Jagd auf Sündenböcke demagogischen Vereinfachungen anheimfällt; daß man schließlich die Akzente der Reform in die verkehrte Richtung setzt, nämlich die der glatteren efficiency des politischen Betriebs, ohne die plebiszitäre Herausforderung unserer Demokratie ernsthaft zu bedenken und anzunehmen.

Sieht man die Dinge nüchtern, so muß man festhalten, daß die rebellierenden Gegner unserer Wohlfahrtsdemokratie nicht nur ein Reizklima für Verbesserungen geschaffen haben - was ihr Verdienst bleibt -, sondern daß paradoxerweise auch zahlreiche Reformwege, die vor kurzem noch offen schienen, blockiert haben. Das ist der innere Widerspruch einer Revolte, die mit revolutionärem Anspruch "aufs Ganze" geht und sich der Konkretion und Detaillierung, ohne die Politik nicht auskommt, dem "down to facts", verweigert.

Man kann nicht auf der einen Seite die Verhärtung der Großen Koalition beklagen und zugleich ihre mögliche Sprengung durch ein relatives Mehrheitswahlrecht noch heftiger ablehnen. Man wird unglaublich, wenn man die Schrecken des Krieges in Vietnam verurteilt, auf der anderen Seite aber selbst "ein, zwei, drei, viele Vietnams" im eigenen Land schaffen will. Man gerät in Widersprüche, wenn man Parteidisziplin und Fraktionszwang bekämpft, im eigenen Hochschulbereich jedoch die rostigen Waffen des imperativen Mandats und der Delegation aus dem Arsenal des Ständestaates hervorholt. Und man läuft Gefahr, nicht ernst genommen zu werden, wenn man einerseits das Parlament als notarielle Stempelstelle gesellschaftlicher Kontrakte zwischen Verbänden und Bürokratie denunziert, andererseits mit der Proklamation eines politischen Mandats für Zwangsverbände genau in der beklagten

Richtung die rätische oder ständische „Transformation der Demokratie“ weiter treibt.

Der globale „systemkritische“ Ansatz des Neo-Marxismus ist eher ein Hindernis als ein Stimulus für Reformen. Er stellt ab auf den in Deutschland nur zu bekannten Anti-Institutionen-Affekt, auf ein revolutionäres Alles oder Nichts, ein "Tertium non datur" - während doch Politik als Kunst des Miteinanderlebens just der Ort der Zwischenlösungen und der Vereinigung der Gegensätze ist.

Überdies ist der Neo-Marxismus auf seinem jüngsten Weg, der von der Literatur an der Politik vorbei in die Aktion geführt hat, auf ein Vulgärniveau gekommen, das den ernsthaften Adepten dieser kritischen Tradition nur die Distanzierung oder die Selbstverleugnung offenläßt. Bereits jetzt gleicht der "lange Marsch" durch die schon Regale füllenden Bestände einer hastig hingeschleuderten Pamphlet- und Kampfliteratur einem Stolpern über Scherben und Abfälle unbewältigter Grammatik.

Mißt man den Niveauverlust, so hat man das Gefühl, daß der Neo-Marxismus als Reformbewegung in der Bundesrepublik seinen literarischen Kulminationspunkt schon überschritten hat. Der Abstand von den Meistern zu den Jüngern wird immer peinlicher fühlbar. Gewiß, auch Adorno und Habermas teilen mit den Jüngeren die globale Betrachtungsweise und das fatalistische Moment der Systemkritik, ihr Stil verrät das Geronnene der Manier - aber daß beide, wo sie das Vibrato der Zelebrität vermeiden, Bedeutendes zu sagen haben, daß sie eigene Köpfe sind, bleibt unbestritten.

Ernst Blochs melodramatisches Philosophieren mag dem an romanischen Mustern Geschulten abenteuerlich, ja degoutant erscheinen wie Nietzsches Zarathustra-Stil - die poetische Kraft dieses jeanpaulisierenden Marxisten soll dennoch nicht verkannt werden. Die Kohorte der Nachredner und Nachbeter aber? Der lange Zug der Nitsch, Meschkat, Preuß, Kadritzke, Lefèvre, Rabehl und anderer poetae minores im Revolutionschor? Wahrlich, wie die Meister sich räuspern und spucken, haben sie mehr oder minder gut gelernt, die Fußangeln der Eigentlichkeit vermeiden sie, das dialektische Vokabular handhaben sie ungelenk, aber bemüht, das Reflexivpronomen setzen sie brav ans Ende. Sonst aber? Ich wüßte keinen, dessen Sprache sich mir durch einen persönlichen Zug, einen Fun-

ken der Originalität und Unverwechselbarkeit eingeprägt hätte. Stattdessen ein klischeehaft erstarrtes, böseartig trommelndes Deutsch, eine Formelsprache, deren Zweck nicht Mitteilung, sondern Deklamieren und Übertönen ist.

Schließt man von der Sprache, der geistigen Äußerung, auf die Potenz und Originalität der Rebellen, so ist die Bilanz dürrig. Zu vieles ist austauschbar; zu schwach ist, bei beträchtlicher Lautstärke, die persönliche Tönung, zu sehr läuft die Sprache in starren Schienen und Mustern des Vorgedachten. Freilich, die Aktion will nicht sprechen, sondern handeln. Literarische Genauigkeit ist nicht ihre erste Sorge. Wo aber das Handeln nur die Blöße des Gedankens deckt, wo die Flucht in die Aktion die Frage, um welche Aktion es sich eigentlich handle, untergehen läßt, wo der furor teutonicus herrscht und die Atmosphäre von Kinderkreuzzug und morbus sacer sich verbreitet, da wird die Bodenlosigkeit des politischen Aktivismus um so rascher deutlich.

Ob wir es in den nächsten Jahren noch erleben werden, daß sich die "Bewegung" auf reale Ziele, auf Erreichbares einübt, statt im Scheitern der Aktionen des Alles oder Nichts das Utopia des Gedankens zu genießen? Daß sie einhält bei dem Gedanken, daß „alle absolute Tätigkeit zuletzt bankrott macht“ (Goethe)? Es wäre ein Sieg humaner Nüchternheit, ein Sieg der Reform über den politischen Aktivismus.

Die politische Bildung ist, ebenso wie die politische Praxis, durch die Vorgänge dieses Jahres unmittelbar herausgefordert - stärker als in früheren Jahren, als man sich, in oft idyllischen Exerzitien, auf die „Einübung“ in eine funktionierende, allgemeiner Zustimmung sichere „demokratische Ordnung“ beschränken konnte. Ihre Schwierigkeit liegt darin, daß ihr Gegenstand ins Schwanken geraten ist, daß, was Demokratie ist, sein kann, sein soll, in der heutigen Krise immer mehr zur Diskussion gestellt wird.

Die alten Konzeptionen politischer Bildung - Konzeptionen der „Partnerschaft“, des „verantwortlichen Staatsbürgers“, des „mündigen Staatsbürgers“ oder des „Konflikts“ - lagen gewiß in einem weiten Spannungsbogen unterschiedlich akzentuierter Vorstellungen von Demokratie; aber sie drängten aus dem Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unserer Verfassung nicht heraus, während heute die rätische oder stän-

dische Transformation unserer Demokratie nicht nur als fernes Menetekel an der Wand steht, sondern täglicher Gegenstand des Streits in der leidenschaftserfüllten Atmosphäre von Akademien, Hochschulen, Jugendgruppen, Schulen und politischen Gremien ist. In dieser Situation ist nichts nötiger als Nüchternheit, Verstandeskühle gegen laute Emotion und die so seltene wie unentbehrliche Gabe der Unterscheidung der Geister. Unsere Demokratie darf weder

das Opfer der Reformverweigerer noch die Beute der Revolutionsschwärmer werden. Sie muß von ihren Treuhändern und Verwaltern, und das sind wir alle, verteidigt werden. Die Akademie für Politische Bildung gibt in ihrer gesetzlichen Ordnung wie in ihrer lebendigen Tätigkeit ein Beispiel, wie sich ein Konsens in der Demokratie gerade dann zu bilden vermag, wenn man Konflikt und Gegensatz der politischen und gesellschaftlichen Kräfte nicht ausschaltet, son-

dern einrechnet, wenn man also demokratische Ordnung im realen, nicht im idealistischen Sinne nimmt. Daß ihr dies auch in Zukunft gelinge und daß sie damit den pädagogischen Schlüssel finde zu den Herzen der zwischen Skepsis und Hoffnung hin- und hergerissenen jungen Generation, den Schlüssel zur Beschwörung der Krise, nicht nur zur Beschwichtigung, zum Helfen, nicht nur zum Gesundbeten - das ist unser Wunsch an diesem Tag.

Verfassungspatriotismus

„Mit Krallen und Zähnen festhalten“

Dolf Sternberger

Beim 25jährigen Jubiläum im Plenarsaal des Bayerischen Landtags am 29. Juni 1982 warf Prof. Dr. Dr. Dolf Sternberger ein seither vielfach aufgegriffenes Stichwort in die Diskussion: „Verfassungspatriotismus“.

Es wäre nicht schwer, eine gute Zahl bedeutender französischer Autoren, Dichter und Philosophen der Aufklärungs- und natürlich auch der Revolutionszeit anzuführen, die sämtlich eben diese ursprüngliche Verknüpfung des Patriotismus mit der bürgerlichen Freiheit und mit der Verfassung bezeugen, wie sie den Bewunderern und Nachahmern der altrömischen Republik in deren idealischem Bilde vor Augen stand. Aber ich ziehe den deutschen Autor vor - sein Zeugnis ist viel überraschender und vor allem, es steht uns näher, seine Sprache dringt uns tiefer ins Ohr und ins Gemüt. Ich führe von diesem deutschen Autor, Thomas Abbt, nur zwei Sätze an, um zu zeigen, von welcher Art dieser ursprüngliche Patriotismus war, ebender, von dem es gilt, daß er älter ist als der Nationalismus.

Der erste Satz: „Die Stimme des Vaterlandes kann nicht mehr erschallen, wenn einmal die Luft der Freiheit entzogen ist.“ Das ist wie ein Echo des noch ein Jahrhundert älteren Satzes von La Bruyère: „Es gibt kein Vaterland in der Despotie.“ Die Stimme des Vaterlandes kann nicht mehr erschallen, wenn einmal die Luft der Freiheit entzogen ist. Eine ergreifend einfache Formel für eben die Erfahrung, die wir selber in der Hitlerzeit und zumal im Kriege gemacht haben. Vielleicht sind unsere Ohren heute etwas mißtrauisch

gegen das Pathos solchen Ausdrucks. Ich möchte es gleichwohl vermeiden, diesen Satz etwa in klanglose moderne Redeweise zu übersetzen und vertraue darauf, daß Sie auch aus diesem vollen Ton die scharfe Erkenntnis heraushören.

Noch einen zweiten Satz möchte ich Ihnen nahebringen aus dieser Schrift. (Thomas Abbt war 23 Jahre alt, als er sie verfaßte): „Wenn mich die Geburt oder meine freie Entschliebung mit einem Staate vereinigen, dessen heilsamen Gesetzen ich mich unterwerfe, Gesetzen, die mir nicht mehr von meiner Freiheit entziehen als zum Besten des ganzen Staates nötig ist, alsdann nenne ich diesen Staat mein Vaterland.“

Hier haben Sie vollends den reinen Ausdruck eines streng und ausschließlich politischen, genauer gesagt: eines verfassungspolitischen Vaterlandsbegriffes. Von Volk und Land ist gar keine Rede. Einzig von den Gesetzen des Staates und von der Freiheit der Person. Sie verstehen, meine Damen und Herren: Ich habe diese vergilbten Blätter der deutschen Literatur des 18. Jahrhunderts nicht aufgeschlagen, um die Wandlungen des Vaterlandsbegriffes und die Geistesgeschichte des Patriotismus um ihrer selbst willen nachzuskizzieren, vielmehr um an einem schönen Exempel und eben einem deutschen Exempel darzutun, daß es einen politischen Patriotismus oder doch eine politische Vorstellung von Patriotismus gegeben hat, längst bevor er sich auf die Nation und auf den Nationalstaat fixiert hat.

Wir werden dieses ältere und ursprünglichere Verständnis von Patriotismus gewiß nicht ohne Verwandlung zu unserer

Maxime machen. Wir werden das kriegerische Motiv, wir werden die altrömische Attitüde streichen, den Heroismus reduzieren. Wir werden gewiß auch ein Element natürlicher Heimatlichkeit wieder einführen, das dort in dieser radikal rationalen Bestimmung gänzlich vermißt wird. Aber es bleibt dabei, das Vaterland ist nicht der Mutterschoß, kein dunkles mythisches und mystisches Wesen, worin alle Personalität, alle individuelle Freiheit, versänke. Das Vaterland ist ganz im Gegenteil gerade dadurch ausgezeichnet, daß wir darin die Luft der Freiheit atmen können, das heißt, mit Abbts Worten: dank seinen heilsamen Gesetzen. „Gesetze“ - dies ist das Wort Montesquieus, der den „Geist der Gesetze“ geschrieben hat, Gesetze, das heißt in moderner Sprache: die Verfassung.

Das ist nun der andere Teil unseres zusammengesetzten Titelwortes, die Verfassung, welche dem Patriotismus den Halt und den Gehalt verleiht oder doch verleihen soll. Es ist wohl deutlich, daß ich mit der Verfassung nicht das juristische Dokument als solches, etwa das Bonner Grundgesetz mit allen seinen 146 Artikeln meine, welchem eine patriotische Anhänglichkeit zu widmen wäre, oder die Verfassung des Freistaates Bayern mit ihren 188 Artikeln. Eher schon könnte jene „freiheitliche demokratische Grundordnung“ eine solche Anhänglichkeit von Loyalität wecken und erwarten lassen, welche das Bundesverfassungsgericht seinerzeit definiert hat: es sei das (ich zitiere das Bundesverfassungsgericht) „eine Ordnung, die unter Ausschluß jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf

der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt“. Aber auch in solch einer Charakteristik des allgemeinen Wesens der Grundordnung sind wohl noch zu viele abstrakte, rechtsdogmatische Begriffe untergebracht, als daß sie insgesamt irgendeine starke Empfindung hervorzurufen imstande wären. Und das war ja natürlich auch nicht der Sinn der höchst-richterlichen Formulierung.

Der moderne Verfassungsstaat ist allerdings ein recht kompliziertes Gebilde. Es kann nicht genügen, die ehrwürdigen Begriffe und Parolen der Freiheit und der Gleichheit aufzurufen, worin doch die Begeisterungen, die Aufschwünge und die Blutopfer des Okzidents in zwei Jahrhunderten sich niedergeschlagen haben. Noch auch können wir uns mit dem großen Wort "Demokratie" ganz zufrieden geben, das so lange und so weithin überall im Westen als ein Synonym für den Verfassungsstaat gebraucht wurde, bis es plötzlich in den Köpfen und Mündern aufbegehrender Gruppen, spätestens Ende der sechziger Jahre, einen kämpferischen, radikalen, revolutionären Klang annahm, so daß man sich verwirrt umsah und sich fragen mußte, was denn an diesem allgemeinen Sprachgebrauch falsch sei oder was man an der Verfassung übersehen hätte, wenn man sie demokratisch nannte.

Nun hieß es und heißt es bis heute noch immer, es müsse mehr "Basisdemokratie" zur Geltung kommen, und es gewann den Anschein, daß studentische Vollversammlungen, Massenveranstaltungen, zumal Demonstrationen, die eigentlichen demokratischen Formen und Einrichtungen seien, während die Parlamente, Kabinette und Senate durch die Bank in den Verdacht gerieten, Herrschaftsapparate und Herrschaftsinstrumente zu sein. Wie denn überhaupt seit zehn oder fünfzehn Jahren so viel von "Herrschaft" und von den "Herrschenden" zu hören ist, und zwar in empörtem Ton und im Sinne des Widerstands, wie kaum je zuvor, jedenfalls nicht zuvor unter so liberalen und so generösen Verhältnissen wie den unsrigen.

Die Verfassung besteht auch nicht nur aus Grundrechten, wie so viele meinen, die sich entweder ahnungslos oder auch listig, bisweilen arglistig, auf die Verfassung berufen, indem sie sie aus den Angeln zu heben versuchen. Eine Verfassung, die nur aus Grundrechten bestün-

de, wäre weit entfernt davon, eine Demokratie zu begründen. Sie lieferte die Gesellschaft vielmehr der absoluten Anarchie aus. Menschenrechte sind nur einlösbar als Bürgerrechte innerhalb eines Staates, nämlich eben eines Verfassungsstaates. Viele reden von „der“ Demokratie mit einem gewissermaßen utopischen Unterton, als wäre das eine Lebensart und Lebensform jenseits aller Staatlichkeit, überdies auch höher und besser als alle Staatlichkeit. Aber es kann auch eine Demokratie nur geben als Staat, als demokratischen Staat eben, oder um es zutreffender und sorgfältiger auszudrücken, als ein Element im Ganzen des Verfassungsstaates oder als eines der Kennzeichen des Verfassungsstaates. In diesen Demonstrationsexzessen scheint immer ein Element von Chiliasmus zu vibrieren oder wenn ich hier Luther zitieren darf, von "Schwarmeistereien", wie er dergleichen nannte, als solle von hier und heute das Tausendjährige Reich anbrechen, was übrigens vielfach auch zu den Zielen und Parolen stimmt, die da verkündet werden. Und wenn nicht das Tausendjährige Reich anfangen könne, so solle jedenfalls der Staat aufhören. Es ist offenbar eine schwierige und mühsame Erkenntnis, daß auch Demokratie nur als Staat wirklich werden kann und das heißt eben, im Ganzen einer Verfassung.

Kurz, Demokratie ist ein Element der Verfassung, ein fundamentales sogar, denn es ist das Volk, vor allem als Wählerschaft, welches allein die handelnden Staatsorgane zu legitimieren vermag und in Wahlen vor allem aktualisiert sich das demokratische Verfassungselement. Das ist eine vergleichsweise stille und unscheinbare Tätigkeit, aber eine bedeutende, wenn sie verantwortlich geübt wird, genauso bedeutend wie Gesetzgebungsakte des Parlaments oder Haushaltsentscheidungen des Kabinetts. Aber doch gibt es keine Wahl ohne Wahlvorschläge, und die Vorschläge werden heute der Wählerschaft von den politischen Parteien und ähnlichen Körperschaften vorgelegt, die allgemeine Wählerschaft hat darauf wenig Einfluß, von den primaries in den Vereinigten Staaten für den Augenblick einmal abgesehen. Schon darum ist dem demokratischen Verfassungsfaktor ein oligarchischer beigemischt; immer und überall gibt es eine besondere Schicht oder Klasse des politischen Personals, man findet es namentlich in den Parteien konzentriert, ob etabliert oder noch im Kommen.

Die Bürger müssen ihre kostbare Wahl-gewalt mit dieser politischen Klasse teilen, die in den Parteien (in den Parteien - auf den Plural kommt es an) konzentriert ist und auf allen Ebenen der Staatsorganisation in Erscheinung tritt. Und das ist nicht einmal ein Mangel. Es tut zwar der Demokratie im Wortsinne der "Volks-herrschaft" Abtrag und das ist gewiß zu-zeiten ärgerlich - man will einmal andere Gesichter sehen als diejenigen dieser Oligarchen - oder gar keine Gesichter - oder nur das eigene. Daß die Vielen, sage ich, darauf angewiesen sind, von den Wenigen repräsentiert und geführt zu werden, tut wohl der Demokratie Abtrag, nicht aber der Verfassung. Der einsichtige Verfassungsanhänger findet sich in diese notwendige Wechselbeziehung und in dieses notwendige Widerspiel zwischen Demokratie und Oligarchie hinein, denn seine Freiheit, unser aller Freiheit, ist gerade auf diese Weise am ehesten gewährleistet. Besser jedenfalls als wenn nur eine einzige Gewalt das Geschick des Staates bestimmte - und wäre es die des Volkes.

Ein solcher Verfassungsstaat ist ein kompliziertes Gebilde. Eine Diktatur, eine Partei-herrschaft ist einfacher beschaffen. Sie sieht jedenfalls einfach aus, ist aber undurchsichtig. Der Verfassungsstaat ist kompliziert, aber durchsichtig. Durchsichtig dank der Freiheit der Information. Allerdings gehört auch eine gewissen Mühe dazu, die Informationen aufzunehmen und insofern ist es ganz gut verständlich, daß immer wieder Bewegungen entstehen, die aus diesen komplizierten, gemischten, zusammengesetzten Verfassungsverhältnissen auszu-brechen tendieren in die Simplizität der kollektiven Willensbekundung in der Volksversammlung, mit ihrer beglückenden Erregung: Das haben wir gesehen von der außerparlamentarischen Opposition der sechziger Jahre bis zu den Alternativen und zur Friedensbewegung unserer Tage.

Der moderne Verfassungsstaat ist gekennzeichnet durch die Achtung und tätige Bewahrung von fundamentalen persönlichen und kollektiven Freiheiten; durch repräsentative Körperschaften als handelnde Organe und durch bürgerliche Wählerschaften, die einzig und allein diese Organe legitimieren; durch kontrollierte Regierung, gesetzliche Verwaltung und unabhängige Gerichtsbarkeit; durch offene gesellschaftliche Rekrutierung der Führungseliten; durch Wechsel in den

Ämtern nach vereinbarten Spielregeln; durch stetige öffentliche Information und Diskussion; durch die legitime Möglichkeit des Widerspruchs und der Opposition; durch mannigfache Arten der bürgerlichen Teilnahme am Regierungsprozeß mit Hilfe der Vereine, Verbände, Parteiorganisationen und warum nicht auch der Bürgerinitiativen; durch die Mehrzahl, die Pluralität, den Streit und Wettstreit der Parteien mit ihren Parolen, Programmen und ihrem Personal.

Auch wir Deutschen brauchen unsere nationale Zusammengehörigkeit wahrhaftig nicht zu vergessen, geschweige die Zugehörigkeit derer, die gerade in einem unfreien Staate leben müssen und "die

Despotie gewährt kein Vaterland", wie jener französische Autor gesagt hat. Aber ich wünschte umso mehr und gerade deswegen, daß wir unseren Platz in dieser unserer Verfassung einnehmen, daß wir mit Krallen und Zähnen daran festhalten, daß wir nicht leichtsinnig und weichmütig etwa die Sicherung wegwerfen oder auch nur wegschieben, in der Erwartung, die Freiheit selber in der Hand behalten zu können. Sie ist anders nicht zu haben, als in diesem Panzer! Daß wir uns auch nicht versuchen lassen, auszuweichen aus der Verfassung um der Nation und ihrer Vollständigkeit willen. Ich wünschte zudem, daß wir der Verfassung unsere Anhänglichkeit auch bezeugten.

Verfassungsfeinde haben wir kennengelernt. Kennen wir auch die Verfassungsfreunde?

Ich wünschte, die Gelegenheit und der Wille fände sich, daß auch die Verfassungsfreunde einmal auf die Straße gingen und die Demonstrierdemokraten beschämten durch die Macht ihres Patriotismus. Die Polarisierung der politischen Parteien und ihres Wähleranhangs ist kein Unglück, solange ihre Zusammengehörigkeit im Verfassungsleben nicht in Vergessenheit oder in Verfall gerät. Auch das wäre an der Zeit: die gemeinsame Verfassungsloyalität der Bürger und ihrer Parteien einmal öffentlich sichtbar zu machen.

Veranstaltungen

Mai

Nr./Termin	Thema	Kooperationspartner / Zielgruppe	Tagungsteam
37 05.05. - 07.05.97	Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert. Vorträge, Dokumente, Originaltöne	Deutscher Hausfrauenbund Bayern (DHB)	Leitung: Willenborg Tag.-Sekretärin: Bäuerle ☎ 08158/256-46
38 12.05. - 15.05.97	Europa in der Krise? Aufgaben und Probleme nach dem Vertrag von Maastricht	Tagung mit dem Bildungswerk der DAG in Bayern e.V.	Leitung: Diemer/Tschek Tag.-Sekretärin: Sittkus ☎ 08158/256-49
39 12.05. - 15.05.97	Germany Today	in Kooperation mit der Atlantik-Brücke e.V., Hamburg	Leitung: Grosch/Burmeister Tag.-Sekretärin: Bäuerle ☎ 08158/256-46
40a 23.05.	Aktuelle Problemfelder der Internationalen Politik	FH Benediktbeuern	Leitung: Piazzolo Tag.-Sekretärin: Heinz ☎ 08158/256-50
40 20.05. - 22.05.97	Die Wahrnehmung der eigenen Zeit. Symposium zur Zeitdiagnose	für Lehrer, Journalisten, Wissenschaftler	Leitung: Hättich Tag.-Sekretärin: Leisching/Riewendt ☎ 08158/256-47
41 26.05. - 28.05.97	Demokratie nach 1989	Bundeswehr 6. Gebirgsbataillon	Leitung: Maruhn Tag.-Sekretärin: Heinz ☎ 08158/256-50
41a 27.05.	Politische Bildung mit Maß und Ziel	FH München	Leitung: Diemer/Piazzolo Tag.-Sekretärin: Bäuerle ☎ 08158/256-46

Veranstaltungen

Juni

Nr./ Termin	Thema	Kooperationspartner / Zielgruppe	Tagungsteam
42 02.06. - 06.06.97	Das Recht im täglichen Leben / Menschenrechte	Lehrer/innen an Hauptschulen	Leitung: Piazzolo/Zimmermann Tag.-Sekretärin: Heinz ☎ 08158/256-50
43 02.06. - 06.06.97	Medien und Politik: Recherchetraining	Volontäre der Bayerischen Journalistenakademie	Leitung: Schröder Tag.-Sekretärin: Bäuerle ☎ 08158/256-46
45 09.06. - 12.06.97	Die Rolle der Ethik in der Internationalen Politik	Akademie für Lehrerfortbildung, Dillingen; für Ethik- und Sozialkunde-Lehrkräfte	Leitung: Diemer/Prankel Tag.-Sekretärin: Heinz ☎ 08158/256-50
47 13.06. - 15.06.97	Kochen - Kalkulieren - Koordinieren? Das hauswirtschaftliche Berufsfeld im Wandel	Bundesverband hauswirtschaftlicher Fach- und Führungskräfte (bhf)	Leitung: Willenborg Tag.-Sekretärin: Bäuerle ☎ 08158/256-46
48 13.06. - 15.06.97	Datenschutz in Europa: Eine Rechtsgemeinschaft im Umbruch?	Fachtagung für Fachhochschulstudenten	Leitung: Piazzolo/Tinnefeld Tag.-Sekretärin: Heinz ☎ 08158/256-50
49 17.06. - 18.06.97	Konzept Nachhaltigkeit - Der Zwischenbericht der Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt" in Analyse und Kritik	Konferenz für Experten aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft u. Interessengruppen	Leitung: Willenborg Tag.-Sekretärin: Bäuerle ☎ 08158/256-46
51 19.06. - 21.06.97	Justiz im Zwielficht - Ihre Rolle in Diktaturen und die Antwort des Rechtsstaates	für Historiker, Juristen und Journalisten	Leitung: Piazzolo/Weber Tag.-Sekretärin: Heinz ☎ 08158/256-50
52 23.06. - 27.06.97	Massenmedien und Politik	in Kooperation mit der Akademie für Lehrerfortbildung, Dillingen; für Sozialkunde-, Deutsch- und Geschichtslehrer	Leitung: Schröder/Lippert Tag.-Sekretärin: Heinz ☎ 08158/256-50
53 23.06. - 25.06.97	Sozialstaat wohin?	Drei bayerische Frauenverbände	Leitung: Weber/Diemer Tag.-Sekretärin: Bäuerle ☎ 08158/256-46
54 24.06.97		Akademiegespräch im Landtag	Leitung: Oberreuter Tag.-Sekretärin: Leisching ☎ 08158/256-47
56 27.06. - 28.06.97	Jugend ohne Politik - Politik ohne Jugend?	Workshop mit den Nachwuchsorganisationen der politischen Parteien (JU, Jusos, Julis, JUKS)	Leitung: Kranenpohl Tag.-Sekretärin: Bäuerle ☎ 08158/256-49

Veranstaltungen

Juli

Nr./ Termin	Thema	Kooperationspartner / Zielgruppe	Tagungsteam
57 30.06. - 04.07.97	Ästhetik der Macht	Akademie für Lehrerfortbildung, Dillingen; Fortbildungsseminar für Lehrer der Fächer Geschichte und Kunst	Leitung: Diemer Tag.-Sekretärin: Heinz ☎ 08158/256-50
58 01.07. - 03.07.97	Die Neuordnung Europas	LZ für Politische Bildung Bayern und Baden-Württemberg; für Polit. Erwachsenenbildner u. Bundeswehr	Leitung: Grosch/Rupp/Hesse Tag.-Sekretärin: Bäuerle ☎ 08158/256-46
60 07.07. - 14.07.97	Germany after Unification	Institut für Auslandsbeziehungen, Stuttgart; für amerikanische und kanadische Lehrkräfte	Leitung: Grosch Tag.-Sekretärin: Heinz ☎ 08158/256-50
61 07.07. - 10.07.97	Politische Eliten	Studenten der Universität Passau	Leitung: Oberreuter Tag.-Sekretärin: Sittkus ☎ 08158/256-49
64 15.07. - 17.07.97	Leben in der Mediengesellschaft: Aufgaben und Probleme	Mitarbeiterinnen des KfD	Leitung: Diemer Tag.-Sekretärin: Bäuerle ☎ 08158/256-46
65 18.07.97	Probleme der Sozialkunde an beruflichen Schulen	mit Studienseminaren aus beruflichen Schulen (Zweifach Sozialkunde)	Leitung: Willenborg/Krauss-Pellens Tag.-Sekretärin: Sittkus ☎ 08158/256-49

August

Nr./ Termin	Thema	Kooperationspartner / Zielgruppe	Tagungsteam
69 31.07. - 08.08.97	Bildungssysteme und Lehrerverbände	Mandatsträger des Pennsylvanischen und des Bayerischen Lehrerverbandes	Leitung: Grosch Tag.-Sekretärin: Heinz ☎ 08158/256-50
71 04.08. - 07.08.97	Ferienseminar I	für Sozial- und Geschichtslehrer an bayerischen Schulen	Leitung: Weber Tag.-Sekretärin: Heinz ☎ 08158/256-50
72 08.08. - 11.08.97	Ferienseminar II	Lehrer aller Schularten	Leitung: Piazzolo Tag.-Sekretärin: Heinz ☎ 08158/256-50

September

Nr./ Termin	Thema	Kooperationspartner / Zielgruppe	Tagungsteam
75 05.09. - 07.09.97	Kommunismus und Sozialdemokratie - eine Jahrhundert-Konfrontation II	Kurt-Schumacher-Gesellschaft e.V.	Leitung: Maruhn/Renger Tag.-Sekretärin: Bäuerle ☎ 08158/256-46
76 09.09. - 12.09.97	Ferienseminar III	Lehrer aller Schularten	Leitung: Maruhn Tag.-Sekretärin: Heinz ☎ 08158/256-50

Datenschutz In Europa - Eine Rechtsgemeinschaft Im Umbruch?

13. bis 15. Juni 1997

Der Datenschutz in Europa steht vor neuen Herausforderungen. Ein Datenschutzkonzept, das auf den nationalen Rahmen beschränkt ist, greift angesichts der Dezentralisierung, Vernetzung und Entgrenzung von Datenverarbeitung zu kurz. Richtlinien der EG zum Datenschutz und für die Telekommunikation wollen den möglichen Gefährdungen der informationellen Selbstbestimmung aus Staat, Gesellschaft und Technik begegnen und sicherstellen, daß selbstbewußtes Handeln auf dem freien Markt nicht durch fremdes geheimes Wissen gestört wird. Wie wirken sich diese Regelungen in der Praxis aus? Die Tagung beschäftigt sich mit dem europäischen Datenschutzrecht und seinen Folgeerscheinungen.

Justiz im Zwiellicht

19. bis 21. Juni 1997

Diktaturen des 20. Jahrhunderts ähneln sich in einem wichtigen Punkt: Sie bemächtigten sich frühzeitig der überkommenen Justizapparate und nutzten insbesondere die Strafjustiz für die Verfolgung ihrer politischen Gegner. Bei der Tagung geht es um eine vergleichende Betrachtung der Funktion der Justiz als Instrument der Herrschaftssicherung in verschiedenen diktatorischen Systemen und vor allem auch um die wieder aktuell gewordene Frage nach den Möglichkeiten einer rechtsstaatlichen Ahndung von Justizverbrechen nach dem Zusammenbruch der Diktaturen. Die doppelte Diktaturerfahrung in Deutschland steht dabei im Mittelpunkt, doch werden auch Erkenntnisse über andere Länder aufgegriffen. Es soll auch geprüft werden, inwiefern die den Diktaturen nachfolgenden Rechtsstaaten die Aufarbeitung der justitiellen Altlast als Aufgabe erkennen, zu welchen Ergebnissen sie kommen und wie diese zu bewerten sind.

Kommunismus und Sozialdemokratie - eine Jahrhundertkonfrontation

5. bis 7. September 1997

Der geistige und mörderische Kampf zwischen Diktatur und Demokratie, zwischen der "offenen Gesellschaft und ihren Feinden", hat das verwirrende Doppelgesicht Europas im 20. Jahrhundert geprägt. Der unüberbrückbare Konflikt zwischen demokratischem und antidemokratischem Denken war die zunächst instinktiv erfaßte Ursache des russischen Schismas zwischen Bolschewiki und Menschewiki am Beginn des Jahrhunderts. Daraus folgte die bis heute andauernde spezifische Feindschaft zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie. Die Thematisierung dieser gewichtigen Komponente des europäischen Widerspruchs fügt sich in die jahrelange intensive Bearbeitung der doppelten Diktaturerfahrung der Deutschen durch die Akademie ein. Doch auch bei der nützlichen Betrachtung der "Gegenbilder" geht es nicht in erster Linie um Spezialkenntnisse bezüglich des Mechanismus der "modernen" Diktatur oder messianisch-antidemokratischer Strömungen, sondern um Wege zur vertiefenden Erörterung der Fundamente pluralistischer Demokratie.

„Bereit sein zu Veränderungen“

Ministerpräsident Edmund Stoiber spricht in Tutzing

Eine Thema von grundlegender, zukunftsorientierter Bedeutung haben die Akademie für Politische Bildung und der Bayerische Rundfunk zum Gegenstand einer gemeinsamen Tagung im Januar 1997 in Tutzing gemacht: „Der bezahlbare Wohlstand - Auf der Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag“, lautete der Titel der Veranstaltung. Im Zentrum der Vorträge und der abschließenden Expertendiskussion standen Lösungsansätze zu aktuellen und grundsätzlichen Problemen der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung. Auf die Chancen und Risiken durch den Globalisierungsprozeß wies Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber in seinem Referat „Kann die Demokratie überleben? Politische Antworten auf Gefährdungen im global village“ hin:

Das Zeitalter der nationalen Volkswirtschaften wird zunehmend durch ein Zeitalter der Weltwirtschaft abgelöst. Die 20 größten Unternehmen der Welt setzen mehr um, als die 80 ärmsten Länder insgesamt erwirtschaften. Ausgelöst durch den Zusammenbruch des Ostblocks, zunehmend offenere Märkte und die moderne Kommunikationstechnik erlebt die Welt einen bisher so nicht gekannten globalen Wettbewerb: Kapital, Unternehmen, Know How und Arbeitnehmer konkurrieren fast grenzenlos miteinander. Die Arbeit wird weltweit neu verteilt: Es wird Gewinner und Verlierer geben. Über die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen dieser Entwicklung und die Konsequenzen für unsere Wettbewerbsfähigkeit wird derzeit heftig debattiert. Verlieren wir immer mehr Arbeitsplätze? Bleibt das soziale Netz finanzierbar? Hinter diesen wirtschaftlichen und sozialen Fragen steckt aber mehr: Im Kern geht es um einen Wettbewerb der politischen Systeme, um einen Wettbewerb auf allen Gebieten menschlicher Zivilisationen und Kulturen.

Der Harvard-Professor Samuel P. Huntington nennt sein neues, viel beachtetes Buch über die Weltpolitik im 21. Jahrhundert „Kampf der Kulturen“. Eine breite Debatte über positive und negative Aspekte dieser Entwicklung hat aber noch nicht eingesetzt. Der Globalisierung

müssen wir uns stellen, sie ist unausweichlich, ob wir wollen oder nicht. Daher müssen wir auch über mögliche negative Folgen der Globalisierung für unsere Demokratie diskutieren, wenn wir ihnen rechtzeitig begegnen wollen.

Wohin geht die Entwicklung in Westeuropa, in Deutschland? Müssen wir Auswirkungen der wirtschaftlichen Veränderungsprozesse auf unser politisches System befürchten? Sitzt die Demokratie in der Falle, wie Hans-Martin Peter und Harald Schumann in ihrem Buch „Die Globalisierungsfalle“ schlußfolgern?

„Wettbewerbsfähigkeit, soziale Kohäsion und politische Freiheit miteinander zu verbinden, erscheint leider wie die Quadratur des Kreises“, sagt Ralf Dahrendorf und warnt mit Blick auf Jörg Haider, Jean Marie Le Pen und Silvio Berlusconi vor einer Renaissance des Nationalen, des starken Staates mit starken Männern und einem Angriff auf den politischen Liberalismus in Deutschland und Europa.

Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme werden in Deutschland immer gravierender: Über vier Millionen Menschen suchen derzeit Arbeit, so viele, wie seit dem Krieg nicht mehr. Gleichzeitig drängen immer mehr Firmen ins Ausland. Allein 1995 sind in der Metallindustrie in Deutschland 142.000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Der wirtschaftliche und soziale Reform- und Veränderungszwang infolge des internationalen Wettbewerbs ist in Deutschland gewaltig: die weltweit höchsten Arbeitskosten, die ausgeferten und kaum noch bezahlbaren sozialen Sicherungssysteme, die Gesamtverschuldung der öffentlichen Hand von mittlerweile 2000 Milliarden Mark, die komplizierten Gesetze und Verwaltungsvorfahren und die weltweit höchste Richterdichte zwingen uns zu tiefgreifenden und für den Bürger spürbaren Veränderungen. Wir arbeiten daran derzeit auf allen Ebenen mit Hochdruck.

Neben den notwendigen nationalen Konsequenzen liegt eine Antwort in Europa. Angesichts der zunehmenden Globalisierung müssen sich die europäischen Staaten ihrer Gemeinsamkeiten bewußt werden. Deutschland allein, Frankreich allein, Italien allein können im internationalen Wettbewerb weder ein ernstzunehmendes wirtschaftliches noch ein ernst-

zunehmendes politisches und kulturelles Gegengewicht bilden zu einer Wirtschaftsphilosophie des Wettbewerbs um jeden Preis, wie sie in Nordamerika vorherrscht; auch nicht zu den riesigen Wachstumsregionen Asiens, die ja unsere sozialen Infrastrukturen und Bedürfnisse nicht kennen.

Die Europäer müssen ihre Potentiale und Ressourcen zusammenfassen, wenn sie im Wettbewerb, im - nach Huntington - „Kampf der Kulturen“, der politischen Systeme, der Wertvorstellungen bestehen wollen. Die Menschen auf unserem Kontinent wollen auch im globalen Wettbewerb nicht ihre humanen und sozialen Grundwerte verlieren. Die europäische Wertegemeinschaft muß dazu aber gemeinsam marschieren, oder sie wird getrennt geschlagen. Diese Wertegemeinschaft beruht auf den Europa tragenden und prägenden Kulturwerten, auf einem eigenen spezifischen christlichen Menschenbild. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit - das sind die säkularen Leitideen einer nahezu 2000jährigen christlich-abendländischen Kulturentwicklung.

Eher kollektive Gesellschaftsmodelle mit eher autoritären Staatsstrukturen und ohne ausgeprägte demokratische Mitverantwortung sind dem christlich-abendländischen Europa der Aufklärung fremd. Wir empfinden dies als Zwangskorsett. Sie vertragen sich offenbar eher mit in Buddhismus und Konfuzianismus wurzelnden asiatischen Traditionen. Wir setzen persönliche Verantwortung des einzelnen in rechtsstaatlicher Freiheit gegen diese autoritär und kollektivistisch geführten Gesellschaftsformen. Das ist keine Freiheitsromantik, sondern der optimale Rahmen für menschliche Verantwortungsfähigkeit und Verantwortungsbereitschaft!

Verantwortungsvolle Mitbestimmung des Arbeitnehmers in seinem Unternehmen oder des Nachbarn bei einer Industrieansiedlung sind lebendiger Ausdruck dieses Gedankens. Die in den USA konkurrierenden Lebenskulturen bilden wenig sozialen Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält. Wir setzen soziale Verlässlichkeit gegen „hire and fire“, soziale Solidarität gegen Wettbewerb um jeden Preis. Das ist keine Sozialromantik, sondern nach europäischer Auffassung der opti-



Redner bei der Tagung „Der bezahlbare Wohlstand - Auf der Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag“: Ministerpräsident Dr. Edmund Stolte.

male Umgang mit den Fähigkeiten und Fertigkeiten von Menschen.

Von Europa und Deutschland gingen seit der industriellen Revolution entscheidende Impulse in Forschung und Wissenschaft aus. Der Individualismus in der europäischen Kultur hat auch die Kreativität und Innovation unserer Wirtschaft beflügelt. Europa ist heute aber eher weniger innovativ, eher bequem. Andere Weltregionen sind innovativer und wollen aufsteigen. Wir brauchen hier wieder mehr Neugier, mehr Mut zu Neuem, mehr Innovationsfreudigkeit. Wir haben die kulturellen Potentiale dafür. Europa kann mit diesen Herausforderungen durch andere Weltregionen fertig werden! Wir müssen im globalen Wettbewerb neben vielen anderen Maßnahmen vor allem auf unsere Stärken setzen: Das heißt: Wir müssen unsere Lebenskultur, die den sozialen Schutz des Menschen, den schonenden Umgang mit der Natur sowie Kunst und Tradition umfaßt, auch als „ökonomischen Trumpf“ stärker zur Geltung bringen.

Europa hat eine gemeinsame Kultur, eine gemeinsame Geschichte, gemeinsame

Werte. Unser Binnenmarkt wird durch viele europaweit gültige technische Mindestnormen bestimmt. Liegt es hier nicht erst recht nahe, europaweite Mindeststandards auch für Arbeits- und Umweltschutz einzuführen? Die Forderungen nach internationalen Konsequenzen aus der Globalisierung entbinden uns aber nicht von der Notwendigkeit, vor allem natürlich national zu handeln. Wir müssen weg von der Anspruchsgesellschaft hin zur Verantwortungsgesellschaft. Das bedeutet zu allererst: Unsere sozialen Sicherungssysteme müssen zukunftsfähig gemacht werden. Die Eigenverantwortung des einzelnen muß in Zukunft wieder eine größere Rolle spielen. Subsidiarität und damit Delegation von Verantwortung sowie Dezentralisierung müssen stärker betont werden. Die Allgemeinheit soll nur das leisten müssen, was kleinere Gemeinschaften wie Familie oder Nachbarschaft, Vereine und soziale Dienste nicht leisten können. Dieser Subsidiaritätsgedanke muß deshalb auch in der Zuordnung der Aufgaben zwischen regionaler, nationaler und europäischer Ebene wirklich zum Tragen

kommen.

Unser national größtes soziales Problem ist die Arbeitslosigkeit. Hier geht es nicht nur um Einzelschicksale, sondern um die innere Stabilität der Demokratie. Ein entscheidender Schlüssel zu mehr Arbeit heißt Innovation. Wir müssen zukunfts-trächtige Technologien erforschen, anwenden und verbreiten. Mit Innovationen stehen und fallen unsere Chancen in der Welt. Für eine erfolgreiche Zukunft unseres Landes brauchen wir wieder mehr Unternehmen. Wir brauchen eine neue „Kultur der Selbständigkeit“. Der Anteil der Selbständigen unter allen Erwerbstätigen ist seit 1960 um ein Drittel gesunken. Jeder Selbständige schafft durchschnittlich viereinhalb neue Arbeitsplätze. Wir müssen Steuern und Abgaben senken. Kreativität und Leistung müssen weniger, Konsum mehr besteuert werden. Daher müssen wir weg von der Besteuerung von Arbeit und Produktion - hin zu mehr Besteuerung des Verbrauchs.

Ein Umdenken ist auch in der Bildungspolitik gefragt. Unsere Eliteförderung ist der anderer Länder unterlegen. Unsere Ausbildungszeiten sind zu lang. Wir brauchen kein einheitliches Mittelmaß, sondern das individuell Beste für jeden. Wir brauchen eine noch effektivere, wirtschaftlichere und kostenbewußtere Verwaltung. Nur drastischer Aufgabenabbau, eine deutliche Straffung und Kürzung von Verwaltungsverfahren, Organisationsabläufen und Organisationswegen und vor allem auch eine weitere Verbesserung der Motivation unserer Mitarbeiter im öffentlichen Dienst führt zum schlanken und dynamischen Staat. Hier geht es nicht nur um die Einsparung von Planstellen, sondern um eine Runderneuerung staatlichen Vewaltens. Es geht auch um eine neue Dienstleistungskultur im Staat.

Wir stehen an einer Zeitwende. Die schlichte Erwartung, daß sich Wohlstand und Wachstumsraten einfach fort-schreiben lassen, wird nicht mehr in Erfüllung gehen. Aber das ist kein Grund zu Ängstlichkeit, Verzagtheit und Resignation. Wir sind nach wie vor eines der schönsten und zukunfts-trächtigsten Länder dieser Erde. Wir haben alle Chancen, daß dies auch in zukünftigen Generationen so bleiben wird. Aber wir müssen bereit sein zu Veränderungen. Wir müssen die Kraft aufbringen, bequeme Gewohnheiten abzuschütteln und eine herausfordernde - auch anstrengende - Verantwortung zu übernehmen.

Persönlichkeit mit Hintergrund

Hans Friedrich verläßt die Akademie in Tutzing

Hans Friedrich, lange Jahre Mitglied des Kollegium der Akademie für Politische Bildung, verläßt die Akademie. Am 25. April 1997 wurde der Dozent offiziell verabschiedet; vorausgegangen war ein Colloquium zum Thema "Politische Information in den Massenmedien". An die Zusammenarbeit mit Hans Friedrich erinnerte Akademiendirektor Prof. Dr. Heinrich Oberreuter:

Mit Hans Friedrich verabschieden wir nicht einfach einen Dozenten aus den Pflichten dieses Hauses. Wir verabschieden ein sich in 31 Jahren geformt habendes Gesamtkunstwerk - zusammengesetzt aus:

- Persönlichkeit mit Hintergrund und Hintergründigkeit, mit Witz und Charme, mit Ironie und Biß. Kurz: Würze;
- Kompetenz von hohen Graden, frühzeitig geschärft an der immens wachsenden (ja wuchernden) Bedeutung der elektronischen Medien für gesellschaftliche Integration und politischen Prozeß. So hat Friedrich Pionierarbeit geleistet bei der Thematisierung der politischen Funktionen und Bedeutung des Fernsehens.
- schließlich auch aus, nein, nicht Didaktik sondern Vermittlungsästhetik; wenn sich die Girlanden seiner Sätze und Gedanken winden und wickeln, ist er noch

immer auch für junge Leute und hartgesottene Journalisten zum Faszinosum geworden.



Hans Friedrich

Insofern hat Friedrich hier nicht nur gewirkt. Er hat eindeutig auch das Haus mitgeprägt. Und dafür gilt es ihm zu danken, speziell auch, weil nicht prägen kann, wer flach ist, sondern nur, wer Profil hat.

Vielleicht beginnt mit der Charakterisierung als Gesamtkunstwerk bereits die Phase der Verklärung, auf die selbst große Staatsmänner fast zwei Jahrzehnte

warten müssen. Friedrich ist ein Mann der politischen Bildung ganz früher Stunde. Seine sozialkundliche Zusatzprüfung im Staatsexamen 1958 fällt ins Umfeld der Waldleiningener Beschlüsse der deutschen Kultusminister, Politische Wissenschaft an den Universitäten und später an den Schulen zu etablieren, um an den Fundamenten der Demokratie zu bauen; sie fällt auch praktisch mit der Errichtung unserer Akademie zusammen. Ich halte das nicht für zufällig, sondern für eine Motivation, die Hans Friedrich durch die Jahrzehnte hier getragen, und die er sich erhalten hat.

Er hat die Creme des deutschen, deutschsprachigen Journalismus in die Akademie geholt. Und so arrogant mancher von ihnen sonst gewesen sein mag, hier haben sie alle bescheiden die Hörsaalstühle gedrückt.

Heute ist auch Hans Friedrich bei Multimedia, bei Schulen ans Netz und Bayern-Online angelangt. Wohl in keinem Bereich hat sich so viel Wandel und Innovation ereignet wie in seinem. Das mag es bewirkt haben, daß er zwar lange hier war, jedoch in seiner Aufgabe nicht alt geworden ist - und niemals in ihr alt aussah. Unser Gesamtkunstwerk ist schließlich keine Antiquität.

Medien verändern den Menschen

Hedda Jungfer über Hans Friedrichs Arbeitsschwerpunkte

Als "Pädagogen mit Leib und Seele", bezeichnete Hedda Jungfer Hans Friedrich. Sie vertrat Prof. Dr. Hans Maier, den Vorsitzenden des Kuratoriums der Akademie, der verhindert war und seine besten Wünsche übermitteln ließ. Statt seiner würdigte Hedda Jungfer den Scheidenden und beschäftigte sich außerdem mit Aspekten seines Themenschwerpunktes:

Ein Pädagoge mit Leib und Seele, der der Akademie für Politische Bildung in einem wichtigen Themenfeld seinen Stempel aufgedrückt hat, verläßt heute die Akademie - hoffentlich nur als Hauptamtlicher. Wer immer in Bayern in irgendeiner Form mit Medienerziehung zu tun hatte, kam zwangsläufig mit Hans Fried-

rich in Kontakt, hatte sich mit seinen Ideen und Konzepten auseinanderzusetzen - und konnte auch immer sicher mit seinem Rat rechnen.

Ganz in seinem Sinne beschäftigen wir uns aus diesem Anlaß inhaltlich mit Aspekten seines Themenschwerpunktes, der ihn die mehr als 30 Jahre, die er in und mit der Akademie für Politische Bildung arbeitete, bewegte. So möchte auch ich zunächst ein paar Worte zu diesem Aufgabenbereich und seiner Relevanz heute sagen.

Medienforschung in den 70er Jahren begann mit den Fragen nach den Wirkungen von Medienpräsentation auf Rezipienten und Medienpädagogik mit den Fragen nach dem sinnvollen Umgang bei der

Nutzung. Im Grundsatz sind die Fragen heute noch dieselben. Die Situation, die es zu betrachten gilt, hat sich allerdings dramatisch verändert. Noch Anfang der 80er Jahre war es beispielsweise eine beliebte Frage von Medienforschung und Medienpädagogik, ob, wann oder wie oft Kinder mit dem Bildermedium Fernsehen in Kontakt gebracht werden sollten. Diese Frage wirkt heute etwas naiv. In unserer, wie in allen westlichen Industriegesellschaften, haben Massenkommunikationsmedien mittlerweile nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche durchdrungen, verändert. Die Medien verändern nicht nur Arbeits- und Sozialstrukturen, sie verändern auch die Menschen unmittelbar - und zwar in Bereichen, die für



Die stellvertretende Kuratoriumsvorsitzende Hedda Jungfer würdigte den ausscheldenden Dozenten Hans Friedrich.

den homo politicus von zentraler Bedeutung sind. Welche Informationen als wichtig gelten, wie "die Welt" aussieht, was sich verändert, alles das wird für Millionen Menschen in gleicher Weise aufbereitet, dargeboten, erklärt durch die Medien. Drei Veranschaulichungen,

die für die politische Bildung relevant sind:

1. Pseudo-Informiertheit: Die meisten Menschen fühlen sich über das, was in der Welt vorgeht und was darin wichtig ist, subjektiv hervorragend und authentisch informiert - durch das Informationsangebot der Medien - vor allem durch das Fernsehen. Die Medien - und ihre Macher - haben damit eine Macht über die Interpretation der Wirklichkeit erlangt, die in dieser Ubiquität bislang nicht möglich war. Im Unterschied aber zu den vorher in diesen Bereichen wirksamen personalen Meinungsführerinnen können die Medien niemals so pluralistisch sein. Die Medien definieren, was gesellschaftliche Probleme sind, worüber im Moment zu diskutieren lohnt, (nicht abseits der Realität, aber erstaunlich uniform).

Akteure im politischen Geschäft müssen sich vor allem medial bewähren. Die Grenzen zwischen Realität und virtueller Realität verschwimmen, nicht nur für die Konsumenten (die Zuschauer und Zuhörer), oft genug auch für die Medienmacherinnen.

2. Psychische Veränderungen der Menschen: Kinder und Jugendliche lernen zwar immer noch die notwendigen Kultur- und Arbeitstechniken in Schule und Ausbildungsstätten, aber bereits heute verbringen sie mehr Zeit vor dem Fernseher als in der Schule. Das ist eine unvermeidliche Entwicklung. Aber sie bringt Veränderungen, die keineswegs nur Wahrnehmungs- und Lernverhalten tangieren, sondern mit Sicherheit auch Werthaltungen. Abgesehen von kulturkritischen Klagen gibt es dazu noch wenig Forschung. Aber unter Umständen hat hier der so häufig beklagte „Individualisierungsschub“ wesentliche Wurzeln.

3. Transformation des Politik-Prozesses: Die Allgegenwart des Fernsehens hat eine

Transformation der politischen Prozesse bewirkt, die Medienwissenschaftler als Umwandlung der "Parteiendemokratie" in eine "Mediendemokratie" bezeichnen (z.B. Donsbach 1993). Sie drücken damit aus, daß die Medien wesentliche Aufgaben der politischen Parteien, wie Zielformulierung, Interessenartikulation und Auswahl des politischen Führungspersonals übernommen haben - wiederum: ohne allerdings parallel in die dafür zwangsläufig notwendigen Legitimations- und Verantwortungsbezüge genommen worden zu sein. Ihre Gesetzmäßigkeiten der Topik-Auswahl und Präsentation sind mithin ursächlich auch dafür, daß sich der Typus Mensch stark verändert, der in der Politik Erfolg hat.

Der Bedeutungsverlust der politischen Parteien und letztlich auch des parlamentarischen Systems hat hohe Anteile an der "Politik- und Parteienverdrossenheit". Parteien sind heute autonom nicht mehr in der Lage, Konzepte, die vielleicht mühsam und von vielen erarbeitet wurden, als einigermaßen konsistente Systeme zu vermitteln. Parlamente sind nicht mehr die Orte, an denen unterschiedliche Konzepte argumentativ gegeneinander abgewogen werden.

Sicher ganz in Hans Friedrichs Sinne müssen die Aufgaben der politischen Bildung in diesem Umfeld heute wesentlich umfassender formuliert werden:

Politische Bildung hat in allen Themenfeldern von - oft unsortiertem - Vorwissen bei Teilnehmerinnen und deren subjektiver Informationsgewißheit auszugehen - und muß deshalb zunächst verunsichern, um dann eine neue Strukturierung auf höherem Niveau zu ermöglichen. Politische Bildung muß sorgfältig und kompetent den Umgang mit Informations- und Unterhaltungsmedien praktizieren und modellhaft einüben. Die Ergebnisse der Medienforschung müssen möglichst vielen für ihren eigenen Umgang mit Medien nutzbar gemacht werden.

Politische Bildung hat die Aufgabe, auf die Veränderungen in den politischen Strukturen und -prozessen aufmerksam zu machen und daran mitzuwirken, die demokratischen Strukturen den unvermeidbaren Entwicklungen anzupassen, dabei aber die Essentials der Demokratie zu bewahren, bzw. neu zu festigen

Hans Friedrich hat für die und in der Akademie für Politische Bildung auf diesem Gebiet modellhaft und als Pionier gearbeitet.

Aktuelle Fragen zur Politik



Zusammen mit dem Bayerischen Bauernverband veranstaltete die Akademie eine Tagung über aktuelle Fragen zur Politik. Beleuchtet wurde die Umbruchsituation Deutschlands: Innergesellschaftliche Probleme, insbesondere im Bereich der Wirtschaft, sowie internationale Rahmenbedingungen, die in hohem Maße die politischen Entscheidungen bestimmen. Diskutiert wurde unter anderem über den Euro und die Auswirkungen der Europäischen Währungsunion auf die deutsche Wirtschaft, über die Zukunft der Arbeit in Deutschland sowie über die politische Einigung Europas. Thema war auch die Rolle der Bundesrepublik in der Weltpolitik. Über aktuelle Fragen zur Verbandspolitik sprach Gerd Sonleitner (Mitte), Bundesvorsitzender des Bauernverbandes; Tagungsleiter: Dr. Jürgen Weber (links) und Gebhard Diemer.

Sie haben nicht gekämpft

Diskriminierung im Arbeiter- und Bauernstaat? Die SED und die Juden

Ein bisher gehütetes Tabu behandelte eine Tagung in Tutzing vom 4. bis 6. April 1997: Die antijüdische Politik der SED. Unter dem Titel "Die SED und die Juden" wurde diese Tagung in Zusammenarbeit mit dem Projekt "Gegen Vergessen für Demokratie e.V." veranstaltet. In der Berliner Zeitung vom 7. April 1997 berichtete Peter Pragal über die Vorträge und Diskussionen in Tutzing:

Diskriminierung von Juden im "Arbeiter- und Bauernstaat" - das war für viele Ostdeutsche unvorstellbar. Verstand sich die DDR nicht als antifaschistischer Staat? Als Heimstatt für Menschen, die das Inferno der NS-Diktatur überlebt hatten oder aus der Emigration zurückgekehrt waren? "Es gehörte zu den tiefsten moralischen Grundüberzeugungen der Menschen in der DDR", stellte der Historiker Peter Maser in der Tutzinger Akademie für Politische Bildung fest, "daß der Antifaschismus das verbindende Band sei, das auch in den Situationen nicht riß, in denen Führung und Geführte sonst kaum noch im Gleichschritt daher kamen." Und doch zieht sich anti-jüdische Politik wie ein roter Faden durch die Geschichte der sozialistischen deutschen Staaten. Belege dafür lieferte die Tagung "Die SED und die Juden": "Wir müssen uns die eigene Geschichte neu aneignen, die bisher unter den Teppich gekehrten unangenehmen Tatsachen unter dem Wust von Propagandaklischees

hervorholen", sagte die Berliner Historikerin und Publizistin Annette Leo.

Schon unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg gab es Ereignisse, die den Umgang der späteren DDR-Behörden mit den jüdischen Bürgern vorwegnahmen. So lehnte das "Amt der verfolgten Leipziger" die Bitte von befreiten jüdischen KZ-Häftlingen auf Überlassung von konfiszierter Winterkleidung mit dem Argument ab: "Den Juden wurden diese Pelze nicht aus politischen Gründen weggenommen, sondern weil sie Juden waren." Noch deutlicher wurde der Hauptauschuß "Opfer des Faschismus" in Berlin. Bei seiner ersten Sitzung im Juni 1945 verweigerte er den Juden die Anerkennung als Nazi-Opfer: "Sie haben alle geduldet und Schweres erlitten, aber sie haben nicht gekämpft."

Mit dem Beginn des Kalten Krieges 1948/49 änderte sich das politische Klima radikal. Ein Rundschreiben des SED-Zentralkomitees zu den Auswirkungen des Schauprozesses gegen den tschechoslowakischen KP-Generalsekretär Rudolf Slansky produzierte eine Fülle antijüdischer Hetzartikel in der Parteipresse. Zahlreiche SED-Funktionäre mit jüdischer Herkunft wurden aus dem Amt gejagt. Paul Merker, der eine Entschädigung jüdischer Bürger vorgeschlagen hatte, wurde vorgeworfen, er betreibe die "Verschiebung deutschen Volksvermögens". Eine Wiedergutmachung kam für die Parteiführung nicht in Frage. "Wenn wir einen Schadensersatz

anerkennen", so wurde intern argumentiert, "dann stärken wir nur die jüdischen Kapitalisten." Diese antisemitistischen Töne bestätigten nicht nur alte Vorurteile gegen jüdische Intellektuelle innerhalb der Arbeiterbewegung. Sie kamen auch bei den rasch zu Stalinisten gewendeten braunen Mitläufern gut an, auf deren Mitarbeit die Kommunisten nicht verzichten wollten. 1953 wurde endgültig entschieden, das von den Nazis geraubte jüdische Eigentum nicht zurückzugeben, sondern es in Volkseigentum zu überführen. Den jüdischen Gemeinden wurden nur die Besitzanteile zur Nutzung überlassen, die unmittelbar für die Aufrechterhaltung des Gemeindelebens notwendig waren.

In dieser Atmosphäre, in der die Mehrzahl der Juden aus dem öffentlichen Leben der DDR verdrängt wurde, setzte eine Fluchtwelle ein. Allein im Januar 1953 verließen 400 jüdische Bürger die DDR. Die jüdischen Gemeinden schrumpften. Von rund 2 500 nach dem Krieg auf weniger als 400 zur Zeit der Wende. Zwar ließ die Diskriminierung nach, aber jüdisches Leben wurde in den Hintergrund gedrängt. In den achtziger Jahren instrumentierte die SED die Gemeinden für ihre außenpolitischen Ziele. Den Juden kam nach Ansicht des Bochumer Historikers Lothar Mertens dabei "die Rolle von öffentlichen Demonstrationsobjekten zu, die - seltenen Museumstücken gleich - bei Bedarf in den politischen Vordergrund geschoben wurden."

Fesseln und Chancen der Globalisierung

Handlungsbedarf und -möglichkeiten am Wirtschaftsstandort Deutschland

Rege und zum Teil recht kontroverse Diskussionen ergaben sich anlässlich einer Tagung der Akademie zum Thema „Globalisierung der Märkte“ vom 18. Bis 18. Januar 1997. Beleuchtet wurden dabei Ursachen, Risiken, Chancen, Handlungsbedarf und -möglichkeiten am Wirtschaftsstandort Deutschland. Darüber berichtete Volker Wörl am 20. Januar 1997 in der Süddeutschen Zeitung: Was bedeutet dieses Schlagwort Globalisierung? Nichts anderes als eine Zunahme der internationalen Arbeitstei-

lung, so Erich Gundlach vom Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Kein neues Phänomen. Neu ist aber seit Beginn der achtziger Jahre, daß ausländische Direktinvestitionen stärker als der Welthandel wachsen. Auch zunehmende Kapitalmobilität trägt zur rascheren Integration der Weltwirtschaft bei.

Ein Höhepunkt der Tagung war der Auftritt des langjährigen Chef-Volkswirts der Hypo-Bank Volker Hölterhoff. Wenn er diagnostiziert, die Inflation scheine, dank des verstärkten Wettbewerbs, tot zu sein,

kann man dies beruhigt zur Kenntnis nehmen - auch wenn dies Mitte der achtziger Jahre schon einmal diagnostiziert wurde. Fast alarmierend aber seine Feststellung: "Die Weltfinanzmärkte sind unglaublich gefährdet", vollständig abhängig von der Wall Street. Er entwarf dann ein Schreckensszenario: Global Player müssen Eigenkapitalrendite von mindestens 15 Prozent erwirtschaften, um auf den Finanzmärkten akzeptiert zu werden. Um solche Renditen zu erreichen, muß strengstens rationalisiert, müssen gege-

benenfalls Unternehmensteile stillgelegt oder abgestoßen werden. Nicht deutlich ausgesprochen aber schlüssige Folgerung: Wer solche Renditen nicht erwirtschaften kann, schrumpft oder verschwindet vom Markt. Hölterhoff erwartet aufgrund der immer größeren Dominanz der Global Player in spätestens zwei Jahren in Deutschland soziale Unruhen. Einen möglichen Rettungsanker sieht Hölterhoff in der Wirtschafts- und Währungsunion und hier wiederum in einer Art "Gesellschaftsvertrag". Insgesamt sieht Hölterhoff, der beklagt, daß Politik und Wirtschaft aneinander vorbeireden, für die nationale Wirtschaftspolitik in der Globalisierung kaum mehr Gestaltungsmöglichkeiten.

Als weiterer Höhepunkt: Michael Hüther, Generalsekretär des Sachverständigenrats, referierte über "soziale Sicherungssysteme im Zeichen der Globalisierung". Auch er sieht die Möglichkeiten nationalstaatlicher Wirtschaftspolitik verengt, bestreitet aber die Gefahr für soziale Erregenschaften durch einen "realwirtschaftlichen Abwertungswettlauf der Nationalstaaten" (so Oskar Lafontaine). Wohl aber sieht er Reformbedarf in der sozialen Sicherung. Die Sozialversicherung soll nach Meinung Hüthers verstärkt



„Die Globalisierung der Märkte“ hieß eine Tagung der Akademie unter der Leitung von Dr. Peter Hampe (links). Über Globalisierung auf den Finanzmärkten sowie Auswirkungen und Reaktionsweisen im Bankensektor sprach Prof. Dr. Norbert Walter (Deutsche Bank Research, Frankfurt).

durch Privatversicherung abgelöst werden. „Steuerfinanzierte Umverteilung“ solle auf jene Bereiche begrenzt werden, „die auf der Basis gesellschaftlicher Wertvorstellungen unabdingbar sind“. Widerspruch kam von dem Münchner Volkswirtschafts-Professor Hans-Werner Sinn. Er argumentiert: Das Prinzip des Sozialstaates laute, den Reichen zu nehmen und den Armen zu geben. Also würden die

Reichen dorthin wandern, wo ihnen weniger genommen werde. Und die Armen - vornehmlich Zuwanderer - würden sich dorthin begeben, wo sie am meisten zu erwarten haben. Dies bedeute für jeden Staat einen Anreiz, nicht zu attraktiv zu werden, damit die Armen eher abgeschreckt werden. Er folgert: Der Sozialstaat bietet Sicherheit in einem Maße, wie dies die private Versicherung niemals kann.

Die Solidarität wiederentdecken

Abhanden gekommener Begriff: Schlagwort oder Gestaltungsprinzip?

Ist Solidarität „Schlagwort oder Gestaltungsprinzip“? - Mit dieser Fragestellung befaßte sich die Akademie bei einer Tagung am 21. Und 22. Februar 1997 in Tutzing. Darüber berichtete unter anderem das Maximilianeum (Nr. 2/97) und Thomas Lichte schrieb darüber am 25. Februar 1997 in der Süddeutschen Zeitung:

Solidarität - ein in der Gesellschaft offenbar abhanden gekommener Begriff soll wiederentdeckt werden. Die Akademie für Politische Bildung ging auf die Suche nach dem Gemeinsinn. Prof. Dr. Johano Strasser aus Berg provozierte allzu stramme Marktwirtschaftler gleich zu Anfang seines Referats mit der Feststellung, es sei für manche heutzutage „schon ein Fortschritt, wenn der Aktien-Index in gleichem Maße steigt wie die Arbeitslosigkeit“ - die Entkopplung von Aktion- und Arbeitsmarkt als Zeichen einer völlig unsolidarischen Gesellschaft? „Mit

Erfolg Opfer einfordern kann man doch nur, wenn man als Absender vertrauenswürdig ist“, kommentierte Strasser das Gezerre um Steuerlasten und Abstriche im Sozialbereich. Eine Vision sei gefragt, die solche Zugeständnisse bestimmten Gruppen „lohnend erscheinen läßt“ und die Lasten halbwegs gerecht verteilt.

Anita Guth, stellvertretende ÖTV-Landesvorsitzende, griff das libertäre Gedankenkengut der Unternehmer als extrem unsolidarisch an: „Ausgerechnet jetzt, da die Produktivität der deutschen Arbeitnehmer so hoch ist wie nie zuvor, wird Klassenkampf von oben geführt.“ Über Steuer-, Renten- und Gesundheitsreform und Einschnitte im Sozialbereich werde ein gewaltiger Umverteilungsprozeß in Gang gesetzt. Guth über das aktuelle Gebaren vieler Arbeitgeber, die Gewerkschaften gerne als „Auslaufmodell“ behandelt wüßten: „Mir graut vor diesem Menschenbild des einzelnen, der sich in der Gesellschaft

allein behaupten soll - aus allen Solidargemeinschaften herausgelöst.“

Dr. Peter Thelen, Geschäftsführer der Informationszentrale der bayerischen Wirtschaft, kontierte kühl: „Gerade Selbstverantwortlichkeit ist doch das Korrelat zur Freiheit, wie sie immer gefordert wird.“ Man dürfe doch wohl darüber nachdenken, „was in einer kollektiven Zwangsgemeinschaft wie etwa einer Krankenkasse eigentlich abgesichert sein muß und was nicht.“ Risikotransfer sei für die Allgemeinheit der Beitragszahler „nicht mehr bezahlbar“. Die Landtagsmitglieder Joachim Unterländer (CSU), Gisela Bock (FDP) und Dr. Franz Maget (SPD) waren zumindest darin einig, „daß sich diese Republik nicht zufällig als solidarisch zu organisierendes Gemeinwesen begreift“ (Maget) und man den dadurch erreichten Wohlstand nicht durch den Zerfall des Gemeinsinns aufs Spiel setzen dürfe.

Nachrichten aus der Akademie

Direktor:

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter wurde durch die TU Dresden die Ehrendoktorwürde verliehen (vgl. Bericht auf dieser Seite).

Das Deutsche Ostforum München e.V. wählte Prof. Oberreuter zum Vizepräsidenten. Er hielt unter anderem Vorträge in Paris, Wien, Würzburg und Neustadt a.d.W. Außerdem war er Sachverständiger bei einer Anhörung der Enquete-Kommission Parlamentsreform des Landtags von Rheinland-Pfalz in Mainz.

Kollegium:

Dr. Horst Denzer, vormals Ministerialrat in der Staatskanzlei, jetzt Ltd. Akad.



Dir. an der Universität München, wurde an die Akademie beurlaubt und ist seit 1.2.1997 Mitglied des Kollegiums. Er wird sich mit Grundsatzfragen der Politik und der politischen Theorie beschäftigen.

Neues Mitglied im Kollegium ist Dr. Michael Schröder. Er wird ab 1.6.1997 den Themenbereich Medien und Kommunikationspolitik betreuen und für die Öffentlichkeitsarbeit der Akademie zuständig sein.



Dr. Peter Hampe sprach beim 7. Bundeskongress für Politische Bildung in Würzburg zur Herausforderung des Sozialstaats durch Globalisierung der Märkte über „Begriff, Tendenzen und Folgen der Globalisierung“. Außerdem ist er Gründungsmitglied des „Club of Vienna“, der es sich zum Ziel setzt, Aufklärung und Forschung für eine nachhal-

Reich an Ideen Ehrendoktorwürde für Oberreuter

Zwei Jahre lang, von 1991 bis 1993, war er „Doppel-Dekan“: in Passau und Dresden: Akademiedirektor Prof. Dr. Heinrich Oberreuter. Die Dresdner Alma mater hat sich dafür noch einmal bedankt: Im April wurde ihm die Ehrendoktorwürde verliehen. Birgitta Mogge berichtete darüber im Rheinischer Merkur vom 18. April 1997:

Heinrich Oberreuter, Professor für Politikwissenschaft, hatte gerade das Dekanat der Philosophischen Fakultät an seiner Heimatuniversität Passau übernommen, als ihn Sachsens Wissenschaftsminister Hans Joachim Meyer bat, als Gründungsdekan nach Dresden zu kommen und die Fakultät Geistes- und Sozialwissenschaften an der Technischen Universität aufzubauen. Das hieß auch, die alte Fakultät abzuwickeln, denn Geschichte, Germanistik und Philosophie waren zu DDR-Zeiten „Führungswissenschaften im Sinne der Ideologie“, Politikwissenschaft und Soziologie gab es nicht.

Heinrich Oberreuter stellte sich der Aufgabe, die ihm täglich zwölf bis vierzehn Stunden Arbeit abverlangte und ihn zum Pendler zwischen den beiden Hochschulstädten machte. Mit Fleiß und Dis-



Mit der Ehrendoktorwürde der Technischen Universität Dresden wurde Akademiedirektor Prof. Dr. Heinrich Oberreuter (links) von Prof. Dr. Achim Mehlhorn geehrt.

ziplin, Improvisationsgabe und Humor hat er etliche seiner „grandiosen Ideen“ umsetzen können. Daß die Dresdner TU nicht nur eine, sondern zwei völlig neue Fakultäten besitzt - eine geistes- und sozialwissenschaftliche sowie eine sprach- und literaturwissenschaftliche -, ist Heinrich Oberreuter zu verdanken.

tige, umweltverträgliche wirtschaftliche Entwicklung zu leisten.

Dr. Jürgen Weber hielt auf dem 59. Archivtag in Aschaffenburg einen Vortrag über die Dimension und die Bedeutung des Verbändewesens in Deutschland und sprach im Bayerischen Rundfunk zum 40. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge.

Jubiläum:

Ihr 15jähriges Dienstjubiläum feierte Karin Sittkus (Sekretariat) am 1. März.

Hauswirtschaft:

Neu in der Hauswirtschaft der Akademie arbeitet seit 10. März 1997 Monika Haas. Sie ist Vertreterin der Hauswirtschaftsleiterin.

Förderkreis:

Seit Februar verfügt die Akademie dank der großzügigen Spende des Förderkreises über einen VW-Bus mit neun Sitzplätzen, der bereits ständig im Einsatz ist. Das Fahrzeug wird beim Gartenfest am 1. August 1997 offiziell übergeben.

Wirtschaftspolitische Rezepte

Über den Umgang mit der Globalisierung

Die Globalisierung der Märkte war Thema einer Tagung in Tutzing (vgl. Seite 26). Jörg Buteweg berichtete über dabei diskutierte wirtschaftspolitische Rezepte für den Umgang mit der Globalisierung am 18.4.1997 in der Badischen Zeitung unter dem Titel „Lohnkürzung oder besser mehr Geld für Bildung“:

Die Politiker in den Industrieländern haben den Prozeß der Globalisierung nach dem Zweiten Weltkrieg in Gang gesetzt. Sie versprachen sich Vorteile für die heimische Wirtschaft. Entwicklungsländern und Ostblockstaaten predigten sie jahrzehntelang die Segnungen von freiem Handel und Wettbewerb. Nun sind China, Südkorea, Tschechien und viele andere Staaten auf den Geschmack gekommen - jetzt kann Globalisierung den Industrieländern ganz schön weh tun. Aber ein Zurück gibt es auf absehbare Zeit nicht. Vor kurzem wurde beispielsweise in der Welthandelsorganisation WTO vereinbart, die Märkte für Telekommunikation weltweit für Wettbewerb zu öffnen. Welche Wirtschaftspolitik muß in der Bundesrepublik betrieben werden, damit aus der Globalisierung Vorteile erwachsen? Die Rezepte variieren je nach politischem Standpunkt. Je dramatischer Wirtschaftswissenschaftler die Wirkungen der Globalisierung einschätzen, desto drastischer gerät ihre Therapie, um Deutschland für den internationalen Wettbewerb fit zu halten.

Wirtschaftsprofessor Hans-Werner Sinn von der Universität München hält deutliche Lohnkürzungen bei den Arbeitnehmern für nötig, um der Billigkonkurrenz im Osten gewachsen zu sein. Den Verzicht will Sinn den Arbeitnehmern mit Beteiligungen an ihren Unternehmen versüßen. Mit dieser Position steht Sinn alleine auf weiter Flur. Prinzipielle Lohnzurückhaltung halten zwar die meisten Wirtschaftswissenschaftler für sinnvoll. Aber für Hans-Jürgen Krupp, den Präsidenten der Landeszentralbank Hamburg/Schleswig-Holstein ist die Europäische Währungsunion viel wichtiger. Sie schütze die Bundesrepublik vor den Wirkungen neuer Mark-Aufwertungen, die den Export immer wieder verteuerten. Und vom Export hängt jeder vierte Arbeitsplatz ab. Ansonsten sind die Kritik an der Wirt-

schaftspolitik der Bundesregierung und die Therapien der Wirtschaftswissenschaftler altbekannt - was nicht heißt, daß sie falsch wären. Hans-Joachim Braczyk von der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Stuttgart fürchtet, daß Deutschland bei den neuen Multimedia-Techniken den Anschluß verpaßt und die Arbeitsplätze wieder einmal in den USA entstünden, wie es in der Mikroelektronik der Fall war.

Die deutsche Arbeitslosenstatistik spiegelt wieder, welche Jobs durch die Konkurrenz von Billiganbietern aus dem Ausland vor allem bedroht sind: Mehr als die Hälfte der Arbeitslosen haben keine Ausbildung. Sie müßten qualifiziert werden. Aber an der Weiterbildung wird gespart, weil die Kassen der Bundesanstalt

für Arbeit leer sind und der Bundesfinanzminister zuwenig zuschießen will. An den Schulen werden keine Lehrer eingestellt, die Zahl der Lehrstellen schrumpft, an den Universitäten wird nur gestrichen.

Deswegen herrscht unter Wirtschaftswissenschaftlern weitgehend Einigkeit, daß die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu sehr rückwärtsgewandt ist. Besonders bitter stößt Erich Gundlach vom Institut für Weltwirtschaft der Universität Kiel die Vernachlässigung der Bildung auf: „Länder, die früher arm waren und in den vergangenen Jahrzehnten zu Wohlstand gekommen sind, haben eines gemeinsam. Sie haben viel Geld in die Schul-, Hochschul- und Berufsbildung ihrer Bürger gesteckt.“

Auseinandersetzung mit der Diktatur



Bereits zum wiederholten Male Gast der Akademie war Joachim Gauck (rechts), Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Bei einem Akademiegespräch zusammen mit dem Bayerischen Landtag referierte er im Senatssaal des Maximilianeums zum Thema „Wem nützt die Auseinandersetzung mit der Diktatur?“. Denn immer wird die Frage gestellt, ob nicht „Frieden gemacht“ und eine „Schlußstrich“ gezogen werden könnte. Wer jedoch auf die Auseinandersetzung mit dem Unrecht verzichte, „verliert die Gabe, politische Systeme zu unterscheiden“, so Akademiedirektor Prof. Dr. Heinrich Oberreuter (2. von rechts). Die bitteren Erfahrungen zweier Diktaturen seien nur dann nicht vergeblich, wenn wir daraus lernen. „Lernen setzt jedoch Auseinandersetzung voraus“, Oberreuter weiter. Herzlich willkommen geheißen wurde Gauck auch von Hausherrn Johann Böhm, dem Präsidenten des Bayerischen Landtags, und dem Landtagsabgeordneten Dr. Walter Eykmann (von links).

EINLADUNG ZUR MITGLIEDSCHAFT

1988 haben einige der Akademie nahestehende Persönlichkeiten den Förderkreis der Akademie für Politische Bildung gegründet mit dem Ziel, die Bildungsarbeit der Akademie bei den Projekten finanziell zu unterstützen, die nicht durch staatliche Haushaltsmittel realisiert werden können. 1. Vorsitzender des Vereins ist seit Juli 1995 Oberstleutnant a.D. Gernot Abendt aus Tutzing. Der Anfang wurde 1989 mit der Ausschreibung eines Schülerwettbewerbs zum Thema „40 Jahre Bundesrepublik Deutschland“ gemacht; es folgte finanzielle Hilfestellung bei der Gewinnung bedeutender Referenten für die Tagung „Demokratie und Nation - Ein deutsches Dilemma“ sowie die Unterstützung der Expertentagung „Reaktorsicherheit und Energiepolitik in Osteuropa“ durch projektbezogene Spenden. 1995 wurde ein Publikationsprojekt durch den Förderkreis finanziert, 1997 ein VW-Bus.

Wir möchten Sie herzlich zur Mitgliedschaft im Förderkreis einladen, um so den Kontakt zu vertiefen, der durch den Bezug der Mitteilungen oder Teilnahme an Tagungen bereits besteht. Der Förderkreis ist als gemeinnütziger Verein anerkannt und somit berechtigt, Spendenquittungen auszustellen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt DM 50.— im Jahr; die Vereinssatzung wird Ihnen auf Anforderung gerne zugesandt. Über neue Mitglieder würden wir uns sehr freuen.

Geschäftsstelle: 82327 Tutzing, Buchensee 1, Tel. 08158/256-0 / Fax: 08158/256-51
Bankverbindung: Kreissparkasse Starnberg, Zweigstelle Tutzing, BLZ 700 540 80,
Konto-Nr. 430 592 477

----- ✂ ----- ✂ ----- ✂ ----- ✂ -----
An den
Förderkreis der
Akademie für Politische Bildung e.V.

82323 Tutzing

BEITRITTSERKLÄRUNG

Hiermit erkläre ich meine Mitgliedschaft im Förderkreis der Akademie für Politische Bildung.

- ☐ Den Mitgliedsbeitrag überweise ich.
☐ Ich bitte um Übersendung einer Einzugsermächtigung.

Name, Vorname:

Titel, Beruf:

Anschrift, Telefon:

Datum, Unterschrift:

Wahrnehmung der eigenen Zeit

Das 20. Pfingstsymposium zur Zeitdiagnose

Seit zwei Jahrzehnten hat es seinen festen Platz im Programm der Akademie: Das Symposium zur Zeitdiagnose unter der Ägide von Prof. Dr. Manfred Hättich. Zum 20. Mal fand es vom 20. bis 23. Mai 1997 in Tutzing statt. Thema war „Die Wahrnehmung der eigenen Zeit“. Die erste Veranstaltung dieser Reihe hatte 1977 das Thema „Gefahren und Chancen der Freiheit“. Bereits das erste Pfingstsymposium wurde als Beginn eines längerfristigen Vorhabens gesehen. Hättich erklärte damals, daß die Menschen - obwohl auf Kommunikation angelegt - heute Babylon vielleicht näher als Pfingsten seien. So stehe im Mittelpunkt jeder Zeitdiagnose die Frage nach dem Sein des Menschen. Diskutiert wurden beim ersten Symposium zur Zeitdiagnose Begriffe wie „Freiheitserfahrung“, die „Demokratie“, die „Medien“, „Technologie“ und „Religion“. Dabei blieb stets deutlich, daß Überlegungen zur Freiheitsbestimmung hinführen zu Begriffen wie Überschaubarkeit, Orientiertheit, das Gegebensein von Handlungsräumen, die auch

Entscheidungsräume bieten. Freiheit wurde des weiteren verstanden als Sinn-erfüllung des Lebens, Unerfülltsein wurde gleichgesetzt mit Unfreiheit. Hierzu gehört die Wertorientiertheit, denn ohne Wert ist keine Erfüllung möglich. Die allgemeine Diskussion zum Schluß dieses ersten Pfingstsymposiums bewies das Engagement der Tagungsteilnehmer und die Tatsache, daß mit jeder gefundenen Antwort gleich mehrere offene Fragen einhergingen, womit die Feststellung Hättichs in der Einladung recht behielt: „Zeitdiagnose ist mit einem mühsamen, komplizierten Zusammenspiel vergleichbar“, das Weile haben müsse und richtig angelegt sei, wenn es zur ständigen Einrichtung werden solle. Die Symposien zur Zeitdiagnose wurden in den folgenden Jahren tatsächlich zu einer festen Einrichtung. Die verschiedensten Aspekte wurden behandelt. So hieß zum Beispiel 1994 das Thema „Restauration der Nation?“, dabei sollte angesichts der Diskussionen über die „Wiedergewinnung nationaler Identität“ die Frage beantwortet werden, ob und wel-

che Art von Nationalbewußtsein tradiert werden soll.

Ein Jahr später, 1995, führte das Symposium verschiedene Erfahrungsgenerationen zusammen; der Titel lautete „1945 - 1995 im Gespräch der Generationen“. Die Teilnehmer sollten miteinander ins Gespräch kommen, ihre Erinnerungen und Urteile austauschen.

Beim jüngsten Pfingstsymposium wurden nun Verfahrensprobleme der Zeitdiagnose behandelt. Beachtet wurde dabei vor allem die Spannweite von wissenschaftlich diagnostischen Bemühung bis zu alltäglichen Wahrnehmungen und Urteilen über die eigene Epoche: Worauf stützt sich ein Urteil bei Versuchen, die Gegenwart zu charakterisieren? In welchen zeitlichen und räumlichen Dimensionen bewegen sich derartige Urteile? Und wie läßt sich das Bedürfnis nach Zeitdiagnose begründen?

Diese Fragen beantworteten unter anderem Prof. Dr. Theo Stammen, Dr. David Seeber sowie Tagungsleiter Hättich und Akademiedirektor Prof. Dr. Heinrich Oberreuter.

Bücher - Neuerscheinungen - Rezensionen

Heinrich Oberreuter, Jürgen Weber (Hrsg.): „Freundliche Feinde? Die Alliierten und die Demokratiegründung in Deutschland“, Olzog Verlag, München 1996, 240 Seiten, 32 Mark

Von Axel Schubert erschien im „Forum für Kultur, Politik und Geschichte“ (Nr. 351, November 1996) eine Besprechung dieses Buches: Die Herausgeber nutzen einen Vorteil, den Sammelbände bieten: Dem Leser wird ein komplexes Bild der Ansichten und Meinungen zum Thema geboten. Das Spektrum spannt sich von politischen, geschichtlichen Betrachtungen etwa in den Aufsätzen von Karl Dietrich Bracher und von Alfons Söllner bis zu Analysen der alliierten Kriegsziele und deren Verwirklichung, von subjektiven Erfahrungsberichten (Manfred Hättich) bis zur demoskopischen Suche nach Spuren der nationalsozialistischen Ideologie im Nachkriegsdeutschland. Auch wer-

den, besonders im Aufsatz von Bracher, der Umwälzungsprozeß in Osteuropa und die Osterweiterung der Bundesrepublik im Nachwendejahr mit dem Neuaufbau Europas als Folge des Zweiten Weltkrieges in Beziehung gesetzt, was dem Buch zusätzlich Aktualität verleiht.



Rupert Riedl, Manuela Delpo (Hrsg.): „Die Ursachen des Wachstums. Unsere Chancen zur Umkehr“, Verlag Kremayr & Scheriau, Wien 1996, 304 Seiten, 53,80 Mark. Mit einem Beitrag von Peter Hampe.

In der Süddeutschen Zeitung vom 12.2.97 schreibt Volker Wörl zu diesem Buch: Dies ist eines der interessantesten

Wirtschaftsbücher, das in jüngster Zeit aufgelegt wurde. Erstaunlicherweise hat es bisher kaum ein publizistisches Echo gefunden. Eigentlich ist es nicht nur ein Wirtschaftsbuch, denn es setzt sich mit einer Problematik auseinander, die ökologisch, naturwissenschaftlich und damit auch gesellschaftspolitisch von höchster Brisanz ist. Und es ist allgemeinverständlich geschrieben. Die Autoren - es handelt sich um eine Aufsatzsammlung - lehnen sich an den ersten Report des Club of Rome „Die Grenzen des Wachstums“ aus dem Jahre 1972, gehen aber weit darüber hinaus.

Die Stärke dieses Buches liegt darin, daß es sich mit einer beängstigenden Problematik nicht (nur) aus Ideologensicht beschäftigt, sondern auch nach Auswegen fragt. Ich verweise zum Beispiel auf das Kapitel „Ursachen wirtschaftlicher Wachstumsprozesse“, von Peter Hampe. Er kommt darin zu dem Schluß, daß sich

Bücher - Neuerscheinungen - Rezensionen

politisch, wirtschaftlich und auch gemäß der Natur des von Neugier und Kreativität angetriebenen Menschen Wachstum auf überschaubare Zeit nicht wird unterbinden lassen. Daraus folgert er: „Rationaler erscheint daher der Versuch, gerade die menschlichen Triebkräfte zu nutzen und die Produktionsweisen in eine naturgemäße Richtung zu lenken. Grundsätzlich scheint sustainable development (also nachhaltiges Wirtschaften) möglich, und zwar auch im Rahmen marktwirtschaftlicher Ordnungsformen.“



Akademiegespräche im Landtag: Kotov, Vladimir, „Machtverhältnisse in Rußland“, Bayerischer Landtag, München 1997, 34 Seiten

Der Band enthält den Beitrag des Moskauer Professors Vladimir Kotov zu einem Akademiegespräch im Landtag. Kotov sprach über Machtverhältnisse in Rußland - ein in den vergangenen Monaten durch den Gesundheitszustand Jelzins besonders aktuell gewordenes Thema. Er stellt die dadurch entstandenen Irritationen im In- und im Ausland dar und versucht die Frage zu beantworten, wer Rußland eigentlich regiert. Dazu gehören neben der Schilderung der institutionellen Befugnisse des Präsidenten auch Beschreibungen Jelzins sowie der ihn umgebenden Personen. Dadurch gelingt die Darstellung eines facettenreichen Bildes der russischen Politik und Politiker.

Wolfgang Krieger, Jürgen Weber (Hrsg.): „Spionage für den Frieden? Nachrichtendienste in Deutschland während des Kalten Krieges“, Olzog-Verlag, München und Landsberg am Lech 1997, 272 Seiten, 32 Mark

Zu diesem Buch schrieb Hans-Jürgen Grasmann in der Braunschweiger Zei-

tung vom 1.3.1997: Dreizehn Autoren aus Deutschland, Großbritannien, Rußland, Frankreich und den USA haben jetzt Einzelstudien zur Rolle der Nachrichtendienste in Deutschland während des Kalten Krieges vorgelegt. Die Teilnehmer der vom Arbeitskreis Geschichte der Nachrichtendienste e.V. und der Akademie für Politische Bildung in Tutzing veranstalteten Wissenschaftskonferenz haben sich auf Exemplarisches beschränkt und der Versuchung einer Aufreihung spektakulärer Spionagefälle und Enttarnungen widerstanden.

Herausgekommen ist ein gut lesbarer Sammelband, in dem die Anfänge der westdeutschen Nachrichtendienste (Rückblick auf die legendäre „Organisation Gehlen“), Aktionen der ostdeutschen Spionage im Umfeld der Bonner Deutschland- und Ostpolitik, die Operationen des KGB auf deutschem Gebiet, die Rolle der CIA, amerikanische Gegenespionage in Deutschland nach dem Krieg sowie britische und französische Aktivitäten erstmals ausführlich beleuchtet werden.



Michael Piazzolo: „Die Europäische Union. Ein Überblick“, Akademischer Verlag, München 1997, 142 Seiten, 19,80 Mark

Europa wächst zusammen: Die europäische Integration ist heute so weit fortgeschritten, wie man es noch vor wenigen Generationen für utopisch hielt. Doch die Entwicklung ist keineswegs abgeschlossen. Vielmehr stehen ehrgeizige Projekte an: So zum Beispiel der Euro als einheitliche Währung, die Neugestaltung der Agrar- und Strukturpolitik, der mögliche Beitritt mittel- und osteuropäischer Staaten. Alle Anliegen bedürfen jedoch der Legitimation und

Unterstützung durch die EU-Bürger. Das Buch gibt Einblicke in das Funktionieren der Europäischen Union. Geschichtliche Entwicklung, Strukturprinzipien, Institutionen sowie zentrale Politikfelder werden dargestellt und übersichtlich beschrieben.



Heinrich Oberreuter (Hrsg.): „Parlamentarische Konkurrenz? Landtag - Bundestag - Europaparlament“, „Der Landtag als Forum der politischen Öffentlichkeit“, Beiträge zum Parlamentarismus Band 9/2, Bayerischer Landtag, München 1996, 178 Seiten

In dem Band zusammengefaßt sind zwei Colloquien der Akademie für politische Bildung, durchgeführt 1996 in Bayreuth und in Regensburg zu oben angeführten Themen. Veröffentlicht werden die wissenschaftlichen Referate über Parlamentarische Konkurrenz von Wilhelm Mößle, Hans Hugo Klein und Rudolf Streinz sowie Statements der Vertreter der Fraktionen. Ein Beitrag von Landwirtschaftsminister Bocklet behandelt die Landespolitik zwischen Bonn und Brüssel.

„Was nicht in den Medien ist, ist nicht Wirklichkeit“, heißt der Beitrag von Heinrich Oberreuter zum Colloquium „Der Landtag als Forum der politischen Öffentlichkeit“. Referate der Medienvertreter Fridolin Engelfried (Augsburger Allgemeine), Gerhard A. Friedl (Chefredakteur Hörfunk, Bayerischer Rundfunk), Sigmund Gottlieb (Chefredakteur Fernsehen, Bayerisches Fernsehen) und Gerd Otto (Mittelbayerische Zeitung) sowie die Statements der Vertreter der Fraktionen runden das Thema ab.